



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 1,50 DM

Nr. 3/1975
März



KAMBODSCHA: PATRIOTEN VOR DEM SIEG

Inhaltsverzeichnis

AIB Aktuell

Kreuzzug gegen die arabischen
Ölländer ? S. 3

Kambodscha

Khieu Samphan:
Phnom Penh wird mit Sicherheit
befreit werden S. 4 – 6

Südliches Afrika

Gemeinsames Referat von ASK und AAB
zum Südafrika-Tribunal:
Westdeutsche Interessen im Südlichen
Afrika S. 7 – 12

Erdöl

Naim el Ashhab:
Die „Ölmilliarden“ – zwei Wege ihrer
Verwendung (1. Teil) S. 13 – 17

Lateinamerika

Tagung des Weltfriedensrats in Panama:
Allgemeine Erklärung zu den Problemen
Lateinamerikas S. 18 – 23

Chile

Gemeinsame Erklärung der Sozialistischen und
der Kommunistischen Partei Chiles:
Der Widerstand im Lande und die Kraft
der Solidarität S. 23 – 26

Kurzinformation

Äthiopien/Eritrea
Vietnam-Solidarität
Namibia/BRD S. 26 – 28

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf J. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Bröner (presserechtlich
verantwortlich), Wolfram Bröner, Jutta von Frey-
berg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.

Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern
beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:
D. Fendt, M. Hellmann, O. Jäckel, J. Ostrowsky,
G. und J. W. Scheer, B. Schwiening, B. Wichelmann

Redaktionsschluß dieser Nummer: 13. 3. 1975

Bitte beachten Sie unsere Anzeigen:

- Antimilitarismus Information
- Extra Dienst

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

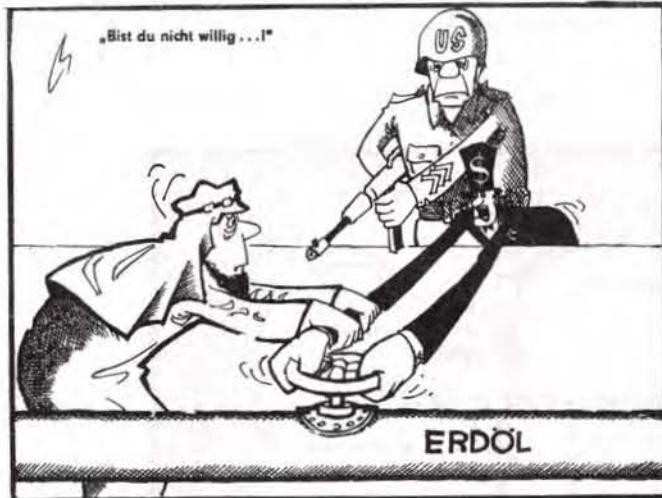
Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren
33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Kreuzzug gegen die arabischen Ölländer ?

Seit Januar 1975 wiederholen die Repräsentanten Washingtons Ford, Kissinger und Schlesinger, in regelmäßigen Abständen ihre Kriegsdrohungen gegen die öllexportierenden Staaten des arabischen Raumes. In der BRD reißt auch nach dem rassistischen Faschingstreiben gegen die "Ölscheichs" die antiarabische Kampagne nicht ab. Indem man den arabischen Ölstaaten die Schuld an der gallopiierenden Inflation und Massenarbeitslosigkeit anlastet, versucht man das von den Krisenlasten hart getroffene arbeitende Volk von den wahren Ursachen der kapitalistischen Wirtschaftskrise abzulenken.



Nicht minder sorgt man auf diesem Wege für die psychologische Vorbereitung zum Kreuzzug gegen die öllexportierenden Entwicklungsländer, zu dem Washington im Namen der multinationalen Ölmonopole ruft.

Kriegspläne des Pentagon

Einmal zielen Washington und Tel Aviv gegenwärtig mit Israels Kurs der "Unnachgiebigkeit" und Kissingers Politik der "kleinen Schritte" darauf ab, eine politische Gesamtlösung des Nahostkonfliktes im Rahmen der Genfer Nahostkonferenz zu hintertreiben. Bei ihren aktuellen Bemühungen um das Zustandekommen spalterischer Separatabmachungen mit Ägypten bzw. Jordanien scheint ihnen insbesondere an der Ausschaltung des Mitspracherechts der PLO und der Sowjetunion gelegen zu sein, wohl wissend, daß eine weitere Verhinderung der Realisierung der UNO-Beschlüsse die Kriegsgefahr im Nahen Osten nur erhöht.

Zum anderen betonen Washingtoner Presseberichte immer wieder, daß man in exakten militärischen Geheimplänen des Pentagon von folgender Annahme ausgehe: Ein neuerlicher bewaffneter israelisch-arabischer Konflikt werde ausbrechen, woraufhin die arabischen Ölstaaten ein Ölembargo verhängen und US-Präsident Ford sodann grünes Licht zur "militärischen Sicherung" der Öllieferungen geben müsse.

Mitte Februar d.J. bestätigte die amerikanische Zeitschrift "Harper's Magazine" die Existenz solcher Invasionspläne des Pentagon. Danach sei eine gleichzeitige militärische Besetzung des Irak, Kuweits, Saudi Arabiens und anderer arabischer Golfstaaten durch US-Rangers vorgesehen. Bei dieser gesamten militärischen Operation - so "Harper's Magazine" weiter - sei Israel als Hauptnachschubbasis vorgesehen.

Zur gleichen Zeit wurde bekannt, daß im Auftrage des Pentagon die Firma "Vinnell Corporation/Los Angeles" eine 1.000 Mann starke Sondertruppe von ehemaligen "Green Berets" und anderen vietnamerprobten Söldnern zum Einsatz in Saudi Arabien zusammenstellt.

Schließlich inspizierten jüngst ausgerechnet der ehemalige CIA-Chef Helms (jetzt Botschafter im Iran) und sein Nachfolger Colby höchstpersönlich die Lage am Arabischen Golf. Sie sorgten mit dafür, daß Washington mittlerweile mit dem Sultanat Oman ein Geheimabkommen über die Errichtung zweier neuer US-Militärbasen nahe der omanischen Hauptstadt Maskat und auf der Insel Mashira abschloß.

BRD als Nachschubbasis im Falle eines US-Ölkrieges?

Im Februar d.J. verurteilten auf der Internationalen Konferenz der rohstoffexportierenden Länder die Vertreter von 68 Staaten der "Dritten Welt" in der sogenannten "Deklaration von Dakar" aufs Schärfste die Kriegsdrohungen und -pläne der USA gegen die Ölförderländer und versicherten die arabischen Staaten ihrer "uneingeschränkten politischen Unterstützung". Auf der Gipfelkonferenz der Organisation erdöllexportierender Länder (OPEC) Anfang März d.J. in Algier erklärte der algerische Staatspräsident Boumediene, die Konzernherren der westlichen Wirtschaft führten einen Feldzug gegen die OPEC-Länder, um ihre eigene Unfähigkeit bzw. ihre Weigerung zu vertuschen, der kapitalistischen Wirtschaftskrise Einhalt zu gebieten.

Auch die demokratische Öffentlichkeit der BRD wies das Säbelrasseln der USA mit Empörung zurück - nicht so die Bundesregierung. Sie soll entgegen offiziellen Verlautbarungen jüngst US-Außenminister Kissinger die Zusage gegeben haben, die BRD werde im Falle eines neuen Krieges im arabischen Raum den USA anstelle ausgefallener NATO-Stützpunkte auf den portugiesischen Azoren Flugplätze und Häfen auf westdeutschem Boden zur Verfügung stellen - für Nachschublieferungen an Israel...



Bundeskanzler Schmidt, Gastgeber Ford

Kambodscha

Mit außerordentlich großen Erfolgen haben die Volksbefreiungstreitkräfte von Kambodscha (FAPLNK) ihre seit Anfang Januar d.J. laufende Offensive gegen das von den US-Imperialisten eingesetzte und ausgehaltene Lon-Nol-Regime fortgesetzt. An drei wichtigen militärischen Fronten wurden bedeutsame Siege errungen:

Große Siege der Volksbefreiungstreitkräfte

1. Die Ufer des Mekong-Flusses sind von der kambodschanisch-südvietnamesischen Grenze an bis kurz vor Phnom Penh in den Händen der Befreiungstreitkräfte. Dutzende von Frachtern, Tankern und Munitionsschiffen sind beim Versuch, Waffen, Treibstoff oder Nahrung für die Lon-Nol-Clique heranzuschaffen, versenkt oder in die Luft gesprengt worden. Die Lieferung von Nachschub für die Marionetten in Phnom Penh ist auf dem Wasserweg abgeschnitten.

große Mengen an Waffen, Munition und anderen Nachschubgütern von Thailand oder Saigon aus nach Phnom Penh einzufliegen. Das Lon-Nol-Regime setzt mit der Aerosolbombe eine von den USA neu gelieferte Waffe gegen die befreiten Gebiete ein. Nach der Explosion entzieht diese Bombe vom Typ CBU 55 in einem Umkreis von 32 Metern allen Lebewesen den Sauerstoff.

Verletzte Söldner der Marionettenarmee werden aus den Hospitälern Phnom Penhs geholt und erneut zum Einsatz getrieben. Als letztes Aufgebot entläßt das Regime 400 Mörder und Totschläger aus dem Prey Sâr-Gefängnis und schickt sie zur Front. In den Straßen, Pagoden, Waisenhäusern und auf den Märkten Phnom Penhs werden regelrechte Jagden auf 12- und 13-jährige Kinder veranstaltet, um sie als Kanonenfutter und menschliche Schutzwälle einsetzen zu können.

Doch alle diese Manöver können ebenso wie



2. Die wenigen Provinzhauptstädte des Landes, die vorübergehend noch von den Söldnern Lon-Nols kontrolliert werden, sind eingeschlossen und werden heftig angegriffen. Die frühere Königsresidenz Udong wurde von den Volksbefreiungstreitkräften eingenommen.

3. Der Ring um die Hauptstadt Phnom Penh schließt sich immer enger und fester. Die FAPLNK haben in unmittelbarer Nähe der Stadt Stellung bezogen. Die einzige Verbindung zur Außenwelt, der Flughafen Pochentong, liegt unter so starkem Beschuß, daß der Flugverkehr immer häufiger eingestellt werden mußte.

In einer verzweifelten Anstrengung bemühen sich die Kriegstreiber in Washington und ihre Statthalter in Phnom Penh, das imperialistische Gemetzel an der kambodschanischen Bevölkerung zu verlängern. Unter Verletzung des Pariser Vietnam-Abkommens und in Widerspruch zu verschiedenen Auflagen des US-Kongresses benutzt die US-Regierung sogenannte Zivil-Fluggesellschaften wie "Bird Air", "World Airways" oder "Trans International Airlines", um in einem Non-Stop-Programm

die mögliche Erhöhung der US-Militärhilfe das abgehaltene Regime nicht mehr retten. Denn nicht nur die großen militärischen Schläge der FAPLNK, sondern auch die politischen Erfolge der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und der Königlichen Regierung der Nationalen Eintracht von Kambodscha (GRUNK) haben dem Marionettenregime den Todesstoß versetzt. Die Zahl der Desertionen unter den Lon-Nol-Söldnern nimmt täglich zu, Soldaten verweigern die Befehlsausführungen oder liquidieren - wie in der Brigade 28 eines Bataillons in Prek Leap, 6 km nordöstlich von Phnom Penh - ihren gewalttätigen Kommandeur. Tausende von Bonzen und Einwohnern aus den zeitweilig vom Lon-Nol-Regime kontrollierten Orten sind, entsprechend des nachfolgenden Appells des Oberkommandierenden der Volksbefreiungstreitkräfte, M. Khieu Samphân, in die befreiten Gebiete überwiegend. Rund 200 Personen stürmten Ende Januar 1975 in Phnom Penh ein Lebensmittellager, eroberten größere Mengen Reis und Salz und teilten sie untereinander. Andere Bewohner von Phnom Penh lehnen es strikt ab, die eingeschlosse-

nen Söldner der Marionettenarmee mit abgepacktem gekochtem Reis zu versorgen. Arbeiter des Elektrizitäts- und Wasserwerkes streikten gegen die Repressalien des Regimes. Zahlreiche ausländische Botschaften und Vertretungen folgten dem Ratschlag von M. Khieu Samphan, indem sie ihre Angehörigen ausfliegen und somit in Sicherheit bringen. Selbst die US-Botschaft scheint die aussichtslose Lage erkannt zu haben. Aber ihre Evakuierungsmaßnahmen sind von neuen Einmischungsdrohungen begleitet: Hunderte von Marine-Infanteristen der US-Armee sind im Einsatz, um angeblich die Evakuierung zu sichern. Vor der Küste sind US-Flugzeugträger und andere Kriegsschiffe vor Anker gegangen. Mit Recht warnten Radio Hanoi und die sowjetische Nachrichtenagentur TASS davor, diese Mächtschaften zu unterstützen. Auch in der Dominikanischen Republik begann ein US-Einmarsch unter dem Vorwand, man wolle eine Evakuierung bedrohter US-Bürger absichern.

In einem Aufruf hat sich das Ministerium für Information und Propaganda der GRUNK an die Weltöffentlichkeit und an die internationale Solidaritätsbewegung mit der Bitte gewandt, ihren Einfluß und alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Aggression der US-Imperialisten und die Fortsetzung ihres Kriegs in Kambodscha zu beenden.

Für die Solidaritätsbewegung der BRD muß die Aufnahme dieses Appells bedeuten, gegen die Fälschungen und Verzerrungen in der Kambodscha-Berichterstattung bürgerlicher Zeitungen, des Rundfunks und Fernsehens aufzutreten, die Ziele und Vorschläge der GRUNK und FUNK in der Öffentlichkeit darzulegen sowie die Bundesregierung zu drängen, ihre Unterstützung für die US-Politik in Südostasien aufzugeben und die GRUNK als einzig legitime Regierung von Kambodscha anzuerkennen.

Khieu Samphan

Phnom Penh wird mit Sicherheit befreit werden!



Khieu Samphan (Foto Mitte), Oberbefehlshaber der Volksbefreiungstreitkräfte FAPLNK und Minister der Königlichen Regierung GRUNK

(...) Im Namen der FUNK, der GRUNK und der FAPLNK wende ich mich an alle Bonzen und an alle Landsleute in Phnom Penh und in den wenigen Provinzhauptstädten, die vorübergehend unter der Kontrolle des Feindes geblieben sind, an alle Zivil- und Militärpersonen, Chefs der "Selbstverteidigung", der "10-Häuser"-Gruppen und der "Gebäudegruppen", an die Beamten in allen Dienststellen, an Lehrer,

Professoren, Schüler, Studenten, Arbeiter, Werktätige aller Kategorien mit folgendem Appell:

1. Vereinigen Sie sich, und erheben Sie sich zum Angriff auf die Reislager des Feindes, damit Sie ihr Reisproblem lösen können!
2. Vereinigen Sie sich, und erheben Sie sich, um den Kampf unter allen Formen zu führen. Vereinen Sie Ihre Kräfte mit unseren FAPLNK und unserem Volk im ganzen Land, um die Bande der Verräter Lon Nol, Sirik Matak, Son Ngoc Thanh, Chéng Héng, Long Boret, Sosthène Fernandez und das neue militaristische Regime der amerikanischen Imperialisten, das erzantinationale, erzfascistische und erzverdorbene Regime in Phnom Penh und in den wenigen Provinzhauptstädten, die unter seiner vorübergehenden Kontrolle geblieben sind, zu stürzen, um

AIB-SONDERMATERIALIEN ZU KAMBODSCHA

Inhalt:

- Politisches Programm der Nationalen Einheitsfront Kambodschas (FUNK) vom 3.-4. 5. 1970
- Botschaft und feierliche Erklärung von Samdech Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha (23. 3. 1970)
- Internationale Kambodscha Konferenz (Paris, 8.-9. 12. 1973)
 - Interview mit In Sokan
 - Erklärung der Konferenz

Umfang : 12 Seiten ; Preis : 0,50 DM

Wenn Kambodscha verlorengeht

Von Klaus Natorp

Nur ein Wunder könnte noch die Machtübernahme der Roten Khmer in ganz Kambodscha verhindern. Aber es gibt keine Anzeichen dafür, daß die sommerlichen Monsunregenfälle, die in der Regel größere Kampfhandlungen in Indochina unmöglich machen, in diesem Jahr früher als zur gewohnten Zeit im Juni einsetzen könnten. Auch ein Meinungsumschwung im amerikanischen Kongreß, der kein Geld mehr für die bedrängte Regierung des Präsidenten Lon Nol bewilligen will, ist nicht zu erwarten. In Phnom Penh werden also über kurz oder lang die Kommunisten herrschen. Die Tragweite einer solchen Veränderung der asiatischen Verhältnisse ist in Amerika und in Europa anscheinend nur wenigen Politikern klar.

Kambodscha ist einer jener „Dominotheorie“, die nach der „Dominotheorie“ in einer Kettenreaktion nacheinander fallen, sobald der erste Stein umgestoßen ist. Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die Dominotheorie stimmt. Manche meinen, die Kettenreaktion sei bereits in Laos ausgelöst worden.

Mag die Regierung des Präsidenten Lon Nol auch noch so korrupt und schlecht sein, so gibt es doch bei den asiatischen Nachbarn und auch in anderen Ländern der dritten Welt eine Menge Politiker, die tief bestürzt sind über die Art, wie dieses Regime von Amerika fallengelassen wird. Noch vor wenigen Wochen hat in der Vollversammlung der Vereinten Nationen nicht das in Peking lebende Aushängeschild der Roten Khmer, Prinz Sihanouk, die Mehrheit bekommen, sondern Präsident Lon Nol. Als die Kommunisten sich jedoch weigerten, mit der anderen Seite zu verhandeln, wie in der UN-Resolution empfohlen worden war, ließ man es dabei bewenden.

Das hat den Untergang der Regierung in Phnom Penh rapid beschleunigt. Unter ihren Anhängern breitet sich Fatalismus aus.

(FAZ, 13.3.1975)

Phnom Penh und Kambodscha, unser geliebtes Heimatland, und um Sie selbst zu befreien, damit die FUNK, die GRUNK und die FAPLNK die Stadt Phnom Penh und das gesamte Land führen, dort endgültig den Frieden wiederherstellen und Ihr Unglück und Ihre Leiden beenden.

3. Wenn Sie keine Möglichkeit mehr haben, im Schlupfwinkel des Feindes zu bleiben, kommen Sie in die befreite Zone, um sich mit unserem Volk zu vereinen und den Kampf fortzusetzen.

In der befreiten Zone regiert die Sicherheit, es gibt dort Reis, Reisfelder und Äcker. Hier werden Ihnen unsere Landsleute, unsere Komitees der FUNK auf allen Ebenen, unsere Funktionäre, Kämpfer und Kämpferinnen von ganzem Herzen in Ihrem neuen Leben helfen. Ihre großen Leiden haben wegen der imperialistischen amerikanischen Aggressoren und der Bande der Verräter, ihren Helfershelfern bereits fast fünf Jahre gedauert. Jetzt ist die Gelegenheit gekommen! Unsere FAPLNK sind jetzt ganz in Ihrer Nähe, verehrte Bonzen und liebe Landsleute! Die Salven unserer Geschütze erschüttern die ganze Stadt Phnom Penh und die wenigen Provinzhauptstädte, die vorübergehend unter der Kontrolle des Feindes geblieben sind. Vereinigen Sie sich! Erheben Sie sich!

Ausländische Bürger, beteiligen Sie sich am Kampf der Bonzen und Einwohner von Kambod-

scha, um sich auch von dem Unglück und den Leiden zu befreien.

Mitarbeiter der ausländischen Botschaften und Vertreter der verschiedenen ausländischen Organisationen bei der Bande der Verräter, ergreifen Sie Maßnahmen, um sich selbst und Ihre Familien aus Phnom Penh und den wenigen Provinzhauptstädten, die vorübergehend unter der Kontrolle des Feindes geblieben sind, zu evakuieren, um Gefahren zu vermeiden, die eventuell für Sie und Ihre Familien auftreten können. Die FUNK und die GRUNK lehnen jede Verantwortung ab.

Schließlich möchte ich den Bonzen, Landsleuten und ausländischen Bürgern viel Erfolg wünschen. Nehmen Sie bitte meine respektvollen, herzlichen und aufrichtigsten Grüße entgegen.

Es leben die tapferen FAPLNK!

Es lebe das große Volk von Kambodscha!

Ein Hoch auf die Erhebungen der Bonzen und Landsleute in der Stadt Phnom Penh und in den wenigen Provinzhauptstädten, die vorübergehend unter der Kontrolle des Feindes geblieben sind!

Phnom Penh wird mit Sicherheit befreit sein! Unser geliebtes Kambodscha wird mit Sicherheit hundertprozentig befreit sein!

(Quelle: AKI-Pressagentur Kambodscha, 28. Januar 1975)

Anzeige:

antimilitarismus information

FÜR ALLE, DIE PRAKTISCH GEGEN
DEN MILITARISMUS ARBEITEN.

Die *ami* bringt jeden Monat:

Informationen, Zahlen, Fakten zu Bundeswehr, NATO, Wirtschaft & Rüstung, Kriegsforschung, Waffenhandel, Subtile Militarisierung, Abrüstungsverhandlungen; Kriegsdienstverweigerung, Zivildienst u.a.

★ juristische Neuigkeiten zu Aktionsrecht, Soldatenrecht, Recht auf Kriegsdienstverweigerung etc.

★ Theorie: Analysen über Hintergründe und Tendenzen des Militarismus; Buchbesprechungen usf.

Jedes vierte Heft ist ein Themenheft mit Doppelformat. Noch zu bekommen: EUROPÄISCHE SICHERHEIT, ZAHLEN, ZIVILDIENTST, FRIEDENSERZIEHUNG ALS ANTI-MILITARISTISCHE PRAKTIK.

Für Gruppen günstiger Rabatt ab 10 Ex.
Jahresabonnement DM 19,50.

KOSTENLOSES PROBEEXEMPLAR ANFORDERN BEI:

Brigitta Gründung
8 München 19
Nördliche Auffahrtsallee 20

Südliches Afrika

In der letzten Ausgabe des AIB berichteten wir über das vom Antiimperialistischen Solidaritätskomitee (ASK) und der Anti-Apartheid Bewegung (AAB) veranstaltete "Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika" am 15. Februar d.J. in Bonn.

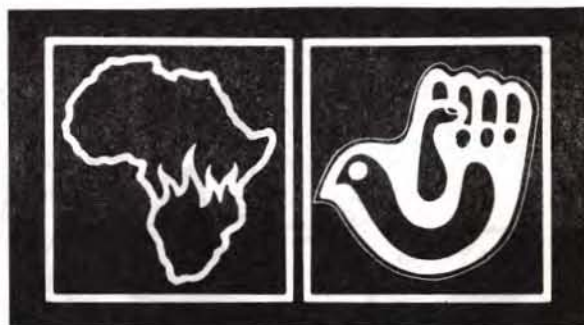
Eine wichtige Aussage des Tribunals stellt das gemeinsame Referat der Veranstalter dar, das vom Vorstandsmitglied der AAB Wolff Geisler vorgetragen wurde.

In dieser Anklageschrift werden die Beweise zusammengetragen, die die allseitige Unterstützung der Rassistenregimes durch die im südlichen Afrika investierenden westdeutschen Konzerne und die umfassende Zusammenarbeit der Bundesregierung mit den Herrenmenschen Südafrikas und Rhodesiens belegen.

Das Referat, das wir im folgenden leicht verkürzt wiedergeben, nennt als eklatanteste Beweise für das Interesse der BRD an der Aufrechterhaltung und weiteren Stabilisierung der Apartheidregimes die forcierte Kapitalexpansion und die militärische Aufrüstung der Republik Südafrika durch die BRD.

Gemeinsames Referat von ASK und AAB zum Südafrika-Tribunal

Westdeutsche Interessen im Südlichen Afrika



(...) Trotz ihrer zur Schau gestellten Ablehnung der südafrikanischen Apartheid hat auch unsere Bundesregierung viele Steuergelder aufgewandt, damit Firmen der Bundesrepublik sich am Treiben auf jenem Exerzierplatz des Faschismus betätigen können. Zwar sind Großbritannien und bis jetzt die USA dort stärker engagiert. Doch da wir am ehesten aus der eigenen braunen Weste schlüpfen können, wollen wir diese hier untersuchen.

Intensive Beziehungen der deutschen Wirtschaft und ihrer politischen Repräsentanten zu Südafrikas Herren bestanden unter Kaisern, Präsidenten, Diktatoren und Bundeskanzlern. Wie ungebrochen sich Kapitalinteressen und politische Gemeinsamkeiten erhalten haben, drückte 1970 das Handelsblatt aus: "Ein positives Deutschlandbild (braucht) in Südafrika

gar nicht 'verkauft' zu werden. Es ist seit langem vorhanden und wurde lediglich durch zwei Weltkriege belastet, ohne indessen an Substanz zu verlieren."¹⁾ Für die Südafrikaner "sind deutsche geschichtliche Perioden wie das Kaiserreich und das Dritte Reich in angenehmer Erinnerung... Heute sind es VW, Mercedesstern und Fotoapparate, die das deutsche Image prägen".

Als CSU-Höcherl sich 1972 besorgt äußerte, eine Wiederwahl Brandts als Bundeskanzler gefährde das Verhältnis zur Republik Südafrika, stellte SPD-Pressesprecher Jochen Schulz richtig: "Die Behauptung Höcherls ist natürlich völlig aus der Luft gegriffen. Die deutsch-südafrikanischen Beziehungen sind ausgezeichnet und werden es bleiben."²⁾

Die Bundesregierung fördert den Ausbau des



Apartheid-Systems durch deutsche Firmen mit vielen Mitteln:

Die Firmenwerbung auf Messen in Südafrika wurde 1974 mit 1 Mio DM aus Steuergeldern mitfinanziert.³⁾

Ein Ende 1974 in Kraft getretenes und ab 1965 rückwirkend wirksames Doppelbesteuerungsabkommen bringt für die westdeutschen Firmen nicht nur enorme Steuererleichterungen sondern sogar Steuerrückzahlungen aus Bonn und Pretoria. Die Belastung der bundesdeutschen Steuerzahler dürfte dadurch einige hundert Millionen DM betragen.



Safari in Südafrika

Karikatur: Manke

Ebenfalls teuer sind die Zuschüsse der Regierung für die Projekte bundesdeutscher Firmen, die speziell für Südafrika angelegt sind. Die Bundesregierung bezahlte z.B. 30 Mio DM an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die damit eine spezielle Höchstspannungsgleichstromübertragungstechnik entwickelte.⁴⁾ Diese Technik wurde für die Übertragung der Energie über 1.800 km aus Moçambique nach Südafrika und damit die Anbindung der ehemaligen Kolonie an den Rassistenstaat maßgeschneidert.

Die Auswanderung von Bundesbürgern nach Südafrika zur Stärkung des Apartheid-Systems - jährlich ca. 3.000 - wird von der Bundesanstalt für Arbeit vermittelt: Der Steuerzahler bezahlt dies.⁵⁾

Über die Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe ließ die Bundesregierung mit einer achtstelligen Summe⁶⁾ das Trenndüsenverfahren zur Uran-Anreicherung entwickeln. Zur Zeit wird von der bundeskontrollierten STEAG-AG gemeinsam mit der südafrikanischen Regierung eine Wirtschaftlichkeitsstudie über die Anwendung dieses Verfahrens bei der Urananreicherung in Südafrika durchgeführt. Dieses geplante Urananreicherungsprojekt wird Südafrika nicht nur gewaltige Exporterlöse bringen, es

ist ebenso eine bedeutende technologische und militärische Aufrüstung Südafrikas.

Außerdem sind Niederlassungen von Unternehmen, die völlig oder entscheidend von der Bundesregierung kontrolliert werden, unter den eifrigsten Anwendern der Apartheidsideologie. Volkswagen, Salzgitter, VEBA, Lufthansa, Schenker bilden keine schwarzen Lehrlinge aus, beschäftigen keine schwarzen Vorarbeiter, zahlen Löhne unter dem Existenzminimum und verdienen dort infolgedessen traumhafte Profite. VW z.B. zahlte dort 1971/72 und 1973 45 Prozent Dividende. Staatssekretäre, Ministerpräsidenten, Ministerialdirigenten in den Aufsichtsratsgremien dieser Firmen steuern diese Geschäftspolitik. Sie handeln damit gegen das Grundgesetz unseres Staates.

Mit der Entsendung von Politikern und Kriegsschiffen nach Südafrika dokumentiert Bonn das herzliche Einvernehmen Pretorias. Die CDU/CSU-Politiker Franz-Josef Strauß, Ludwig Erhard, Innenminister Lücke, Heinrich Lübke, Gerhard Stoltenberg, Kai-Uwe von Hassel, Richard Jäger, Bayern-Ministerpräsident Alfons Goppel, Saarland-Ministerpräsident Röder, Karl Schiller, aber auch Politiker von SPD und FDP wie Gerhard Kienbaum, Walter Scheel, Wirtschaftssenator Kern (Hamburg), Alex Möller besuchten Südafrika, ohne dabei ihre Sympathien für den Apartheid-Staat zu verhehlen. Kai-Uwe von Hassel:

"In der allgemeinen öffentlichen Diskussion außerhalb Südafrikas, wo dieses Land unter dem schweren Vorwurf der Verletzung der Menschenrechte steht, wird selten hervorgehoben, daß der radikale Antikommunismus der Regierung Südafrikas, aber auch der Oppositionspartei, dieses Land automatisch nach den Ländern des Freien Westens blicken läßt. Dies bietet den in westlichen Ländern und besonders auch in Deutschland beheimateten Industrien beachtliche Investitionsmöglichkeiten." ⁷⁾

Ähnlich Hamburgs Wirtschaftssenator Kern 1973 auf der Rand Easter Show: "... eine Demokratisierung der südafrikanischen Gesellschaft sei abzulehnen. Die Durchführung des Prinzips 'Ein Mann - eine Stimme' würde zu einer Katastrophe führen, auch für die nicht-weiße Bevölkerung".⁸⁾

Die genannten Politiker reisten fast alle im Auftrag der Bundesregierung. Im Frühjahr 1974 stattete das Kriegsschiff "Deutschland" Südafrika im Hafen Simonstown einen offiziellen Besuch ab.⁹⁾

Bonner Sanktionsbrüche gegenüber Rhodesien und Namibia

Als die Bundesrepublik 1973 Mitglied der UNO wurde, knüpften viele von uns daran die Hoffnung, daß sie dort mit klaren und entschiede-

nen Aussagen gegen Rassismus und Kolonialismus Stellung nehmen und sich für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker einsetzen würde. Diese Hoffnungen wurden vernichtet. Bei allen Resolutionen, die konkrete Maßnahmen gegen das Apartheidregime verlangen, enthielt sich die Bundesregierung entweder der Stimme oder stimmte dagegen.

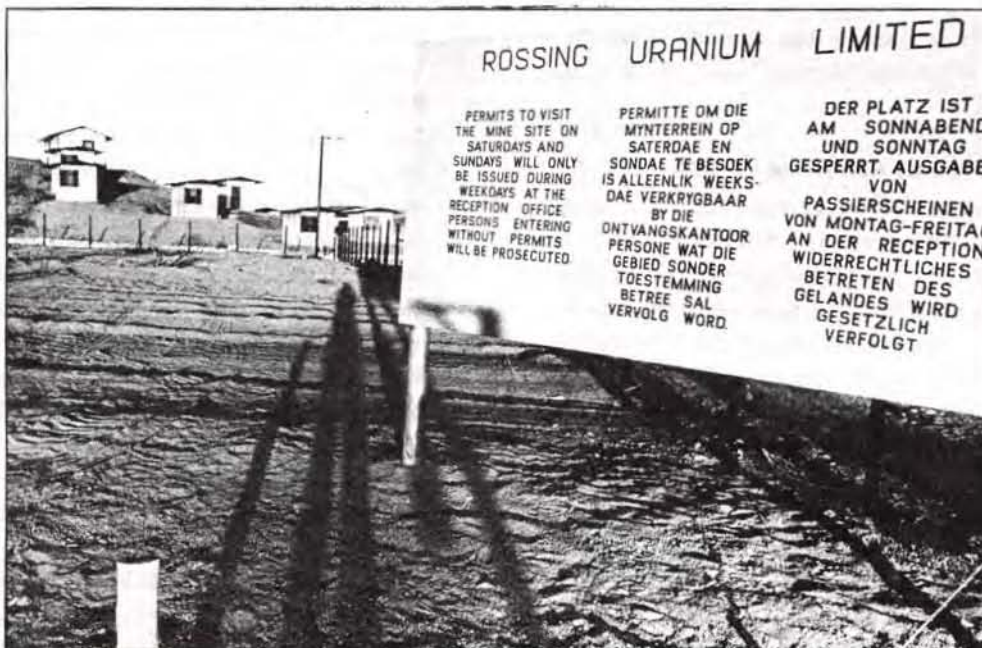
In einem seit 1962 bestehenden Kulturabkommen bildet die Bundesrepublik Fachkräfte aus Südafrika aus. Jährlich werden durchschnittlich acht weiße und drei schwarze Afrikaner gefördert. 38 Schwarze müßten es sein, würden die südafrikanischen Bevölkerungsverhältnisse korrekt berücksichtigt. Auch hier fragen wir nach der Verfassungstreue der Bundesbeamten, die dafür verantwortlich sind. Was sonst im Rahmen dieses Kulturabkommens noch finanziert wird - rassistische "Deutsche Schulen" in Südafrika, Theater-Musik-Unterhaltung für die Rassisten - sind weitere Beispiele für das Interesse der Bundesregierung am Wohlbefinden von Gegnern unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Verdeutlicht sei noch, daß an den vom Auswärtigen Amt finanzierten Deutschen Schulen in Südafrika und Namibia die Mehrheit der in Frage kommenden Schüler aufgrund ihrer Hautpigmentierung nicht zugelassen sind, nur der "blaßschweinsfarbene" Farbton ist dort ausbildungsberechtigt.

Ganz besonders ernst nahm und nimmt die Bundesregierung ihr Stabilitätsprogramm in Bezug auf die Bezahlung der schwarzen Angestellten der Schule. 200,- DM im Monat erhalten sie; ein Einkommen deutlich unter der offiziellen

Armutsgrenze.¹⁰⁾

In Namibia, "Deutsch-Südwest", fällt ins Auge, daß dort entgegen der Entschließung des Welt-sicherheitsrates nur ein Staat der Welt ein Konsulat unterhält: die Bundesrepublik Deutschland. Mehr als 5.000 Weiße, viele von ihnen fanatische Rassisten, erhalten dort ihre Paßverlängerung als Deutsche und prägen das Bild der Bundesrepublik bei ihren schwarzen Mitbürgern. Daß das Kulturabkommen mit Südafrika auch Namibia einschließt und damit Pretorias widerrechtliche Besetzung dieses Landes akzeptiert, vervollständigt das Bild der Politik der Bundesregierung. Im "ehemaligen" Deutschen Generalkonsulat in Salisbury läßt die Bundesregierung weiterhin Frau Schlund, eine Angestellte deutscher Staatsangehörigkeit, "wohnen", die vor dem Sanktionsbeschluß schon dort arbeitete. Herr Kössler, früher Beamter am Generalkonsulat in Salisbury, heute offiziell Beamter der Deutschen Botschaft Malawi, wohnt in der rhodesischen Hauptstadt und arbeitet im Generalkonsulat. "Dieses System funktioniert glatt, da die rhodesische Regierung formlos mitspielt". So CDU MdB Dichgans nach seinem Rhodesien-Besuch 1972.

Lufthansa führte bis zum 31.12.1974 Reisen nach Rhodesien durch, da sie mit der AIR-RHODESIA ein Interline-Abkommen beschlossen hatte. Noch heute vermittelt sie Reisen nach Rhodesien. Trotz UN-Sicherheitsratssanktionen betreibt BMW offen in Rhodesien die Endmontage von Autos, deren Teile bis auf Reifen und Batterien regelmäßig aus der Bundesrepublik importiert werden.¹¹⁾



Westdeutsche Konzerne sind an der Ausbeutung der Uran-Bergwerke im okkupierten Namibia beteiligt, u.a. am Gemeinschaftsprojekt der "Rössing Uranium Limited".

Trotz UN-Sanktionen wurde in Redcliff/Rhodesien mit Hilfe der Deutschen Bank und der Firmen Klöckner, Duisburg sowie Neuenkirchener Eisenwerke die vorhandene Stahlproduktionskapazität um 150 % erweitert.

Klöckner, vertreten durch Herrn Thoeke, und die Neuenkirchener Eisenwerke beziehen - offiziell aus Südafrika - die Mehrproduktion. Sie schränken deswegen ihre Produktion im Klöckner Werk, Osnabrück und in Neuenkirchen ein. Tausende von Arbeitslosen dort sind ein zusätzliches Ergebnis ihrer kriminellen Sanktionsbrüche.

Tabak¹²⁾ und Asbest¹³⁾ aus Rhodesien werden in Bremen entladen und verarbeitet.

Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft propagiert unmißverständlich den Rassismus. Zitat aus ihrem Werbefaltblatt:

"Südafrika ist ein fortschrittliches Land, dessen Leistungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens... beispielhaft sind ... Südafrikas Erfahrungen im Umgang mit dem schwarzen Bevölkerungsteil, und die erfolgreiche Heranführung dieser Volksstämme an produktiv-wirtschaftliche Entwicklung und ökonomisches Denken könnten der Arbeit der Bundesrepublik in den übrigen Gebieten Afrikas wertvolle Hinweise vermitteln und Mißerfolge verhindern helfen." ¹⁴⁾

Die Propagierung einer derartigen deutschen Afrika-Politik wird seit mehr als zehn Jahren von staatlichen Stellen als "besonders förderungswürdig" anerkannt: Aufwendungen von Firmen und Einzelpersonen dafür sind steuerabzugsfähig. Daher konnte sich dieser Treffpunkt der Herrenmenschen mit mehr als 3.500 Mitgliedern zur größten von 200 deutsch-ausländischen Gesellschaften entwickeln.

Die Deutsch-Rhodesische Gesellschaft e.V., Stuttgart, versucht seit 1969, satzungsgemäß und gesetzwidrig Bürger der Bundesrepublik Deutschland zur Auswanderung nach Rhodesien zu überzeugen.

Die militärische Aufrüstung der RSA

Die eklatantesten Beweise für das Interesse der Bundesregierung an der Aufrechterhaltung des rassistischen Minderheitsregimes bildet aber die militärische Zusammenarbeit Bonns mit Pretoria. Die Bundesregierung bestreitet jegliche Rüstungslieferungen entschieden, sie verleumdet diejenigen, die Beweise dafür vorlegen^{15), 16), 17)} selbst dann, wenn eine Angabe durch den zuständigen Regierungsbeamten bestätigt wurde.

Hier seien einige der uns bekannten Lieferungen genannt:

1970/71 wurden neun Transall-Militärtransportmaschinen¹⁸⁾, die zu zwei Dritteln von deutschen Firmen, zu einem Drittel von französischen Firmen gebaut wurden und die alle in München endmontiert und eingeflogen wur-

den, über eine französische Verkaufsfirma an Südafrika geliefert.

1972 wurden laut Fachzeitschrift Aviation Week and Space Technology Hubschrauber BO 105, von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, an Südafrika geliefert.¹⁹⁾

Die Firma Vereinigte Flugtechnische Werke, Bremen, liefert über ihre Beteiligungsfirma SABCA in Belgien Teile für Mirage F-11 Düsenjäger²⁰⁾ und Puma-Hubschrauber²¹⁾. Diese wiederum bilden Kernstücke der südafrikanischen Luftwaffe.



Schulschiff „Deutschland“ in Simonstown, Südafrika

Messerschmitt-Bölkow-Blohm ist Zulieferer für die von Frankreich an Südafrika verkaufte Rakete Exocet²²⁾.

Zur Zeit wird die Panzerabwehrrakete Milan, eine mit Infrarot-Zielgerät ausgerüstete moderne Waffe, von einer französisch-deutschen Vertriebsgesellschaft in Paris an Südafrika verkauft.²³⁾

Messerschmitt-Bölkow-Blohm hat diese Waffe zu 50% hergestellt.

Jüngst wurden 137 Panzerschwertransportfahrzeuge von Mercedes, Klöckner und MAN an Südafrika geliefert.²⁴⁾

Auf der spanischen Werft Bazan in Cartagena werden zur Zeit vier Korvetten für die südafrikanische Marine gebaut.²⁵⁾ Die Fertigungsunterlagen dafür wurden von Blohm & Voß in Hamburg geliefert. Der Export dieser Unterlagen bedarf der Genehmigung der Bundesregierung. Eine jüngste Meldung besagt, daß der Bau storniert worden sei.²⁶⁾ Das ändert nichts an der gegebenen Genehmigung.

Die militärische Überwachungs- und Nachrichtenzentrale Silvermine bei Simonstown wurde ausschließlich von Siemens, AEG und MAN geliefert²⁷⁾ für 60 Mio DM.

Als im März das Schulschiff "Deutschland" in Simonstown, Südafrika, vier Tage Halt machte, erledigte es dabei "seinen Auftrag als goodwill-Botschafter der Bundesrepublik ... erfolgreich". So der Chef des Marineamtes in Wilhelmshaven. Und "von Anfang an 'segelte'

das Auswärtige Amt mit - keine Auslandsreise der Schulschiffe findet ohne Abstimmung mit den Diplomaten statt".²⁸⁾

AEG-Südafrika fertigt in der 50 prozentigen Tochtergesellschaft Switchcraft in Südafrika Schaltereinheiten für Panzer.²⁹⁾

Der Direktor Grether von BBC-Mannheim sitzt im Aufsichtsrat der südafrikanischen Waffenfirma BBC-Orsal, Johannesburg.

Schließlich haben laut Rand Daily Mail vom 23.8.1973 Fachleute in Bonn die militärische Bedeutung der von SEAG in Südafrika geplanten Urananreicherungsanlage betont. Das heißt, daß diese Anlage auch zur Produktion von Atomwaffen in Südafrika einen Beitrag leistet.

In der Bundesrepublik wurde die Anwerbung von Söldnern für die Aufrechterhaltung der weißen Minderheitsregierung in Rhodesien nicht unterbunden. In einer Anzeige in der Welt am 14.12.1974 und in der Süddeutschen Zeitung am 11.1.1975 sowie dem Züricher Tagesanzeiger am 9.1.1975 und verschiedenen Berichten konnten die Anwerber in aller Öffentlichkeit das Einstellungsverfahren ankündigen und die potentiellen Mordbuben in einem Münchner Renommierhotel drei Tage lang auf ihre Eignung testen. Der rekrutierende Oberst-



Hunderte von Söldnern aus der BRD wurden in den letzten Monaten zum "Anti-Guerilla-Einsatz" in Rhodesien angeheuert - mit Duldung der westdeutschen Behörden.

leutnant hat sich inzwischen der Polizei gestellt und damit Publicity und neue Bewerber bekommen. (...)

Die "sehr große Einsparung" der Konzernherren

Ende 1973 besaßen Staatsbürger der Bundesrepublik Investitionen in Südafrika in Höhe von mehr als 5 Mrd DM. Damit stammen 8,5% der Auslandsinvestitionen aus der BRD. 1969 waren es 3 Mrd DM gewesen. Südafrikas Apartheid-System zog bisher 400 Unternehmen der Bundesrepublik an³⁰⁾, die sich an der Erniedrigung, Knebelung, Ausbeutung der Schwarzen beteiligen und eine jährliche Profitrate von mehr als 18% daraus ziehen. Siemens, AEG, Volkswagen, BASF, Demag, Klöckner, Hoechst, Henkel, Krupp, BMW, Daimler Benz, Bayer, Lufthansa - um nur einige zu nennen - betätigen sich in Südafrika als Rassisten.

Sind sie es dort nur "gezwungenermaßen", oder spielen sie bei uns gezwungenermaßen die Rolle der Demokraten?

Die Verlagerung von Produktionen nach Südafrika, wo Streiks verboten und niedergeknüppelt werden, gewerkschaftliche Rechte nicht anerkannt werden, Arbeitsschutzbestimmungen so gut wie nicht vorhanden sind und wo sich die rassistische Diskriminierung in Löhnen unter dem Existenzminimum widerspiegelt, bedroht errungene Positionen der arbeitenden Bevölkerung in der Bundesrepublik. Der Leiter der südafrikanischen Niederlassung von Rosenthal drückte das so aus: "Bei der Firma Rosenthal in Bayern verdient ein Arbeiter in zwei Stunden das, was mancher Bantu in einer Woche verdient. Für uns ist das eine sehr große Einsparung."³¹⁾

Aus all dem geht hervor, daß an erster Stelle nicht die Bodenschätze oder unser Export, sondern das Apartheid-System die Ursache ist für das wachsende Engagement der bundesdeutschen Wirtschaft in Südafrika.

Zum strategischen Argument: Es ist bezeichnend, daß die Befürworter der Apartheid davon ausgehen, daß ein demokratischer Staat im Süden Afrikas eine Gefährdung unserer Sicherheit sei.

Zu fragen ist: wessen Sicherheit? Die Sicherheit der Konzerne für ungestörte Profitmacherei auf dem Rücken der afrikanischen Arbeiter? Ohne Zweifel ja.

Die Menschen in unserem Land hingegen sind von einer Demokratie in Südafrika nicht bedroht. Im Gegenteil! Ist es nicht vielmehr die Politik der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung eines aggressiven, faschistischen Regimes, das unser aller Sicherheit bedroht?

Anfang dieses Jahres bestätigte Franz-Josef Strauß erneut, was er 1973 in Südafrika auf die Frage, wie sich eine ODU/CSU-Regierung in Bezug auf Waffenlieferungen an Südafrika verhalten würde, gesagt hatte, die Bundesrepublik Deutschland solle Südafrika nicht schlechter behandeln als Frankreich es tue. Das bedeutet, daß nach den Vorstellungen von Franz-Josef Strauß die BRD für 600 Mio DM Waffen im Jahr an Südafrika liefern solle.³²⁾ Es ist jedoch dumm und gefährlich zu glauben, man könne durch Aufrüstung und Unterstützung der weißen Herrschaft an der Südspitze Afrikas den Seeweg um den gesamten Kontinent sichern. Man sichert so möglicherweise 7.000 km Küstenlinie und schafft sich Feinde an 30.000 km langen Küsten. Die Knechtung der Schwarzen in Südafrika ist für die meisten Menschen in Afrika zu Recht ein Angriff auf das eigene Selbstverständnis. Nur friedliche Zusammenarbeit und faire Handelsbeziehungen mit allen afrikanischen Staaten und die Anerkennung des Rechtes der Völker auf Selbstbestimmung tragen zur Sicherung der Rohstoffversorgung bei. Das heißt, auch das strategische Argument ist vorgeschoben: Das Apartheidsystem soll bestehen bleiben als Bollwerk und Partner im Kampf gegen Menschenrechte, Demokratie und sozialen Fortschritt.

Anmerkungen:

- 1) Handelsblatt, 29.8.1970
- 2) SPD-Pressedienst, 293/72 vom 25.7.1972
- 3) Westdeutscher Rundfunk, Tagesmagazin, 29.8.1973
- 4) Siemens AG, August 1970, in: Cabora Bassa, Lissabon 1971, S. 65
- 5) Die Auswanderung aus der BRD in die Republik Südafrika, Informationsstelle Südliches Afrika (ISSA), Heft Februar 1975
- 6) Viertes Atomprogramm der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1973-76, Bundesministerium für Forschung und Technologie, Bonn, S. 51. Dort werden die Staatsausgaben für die Entwicklung des Trenndüsenverfahrens, die seit 1959 betrieben wird, mit 9 Mio DM im Jahr angegeben. Ein Beitrag unter 100 Mio DM dürfte daher niedrig angesetzt sein.
- 7) Kieler Nachrichten, 28.12.1973
- 8) Südafrika im Spiegel der Presse, Nr. 55/1973
- 9) Parlamentarischer Staatssekretär Berkhan: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 124. Sitzung, 16.10.1974 sowie: Bundeswehr aktuell 11/5, 9./I./75
- 10) Untersuchung des "Program for Social Change", Christian Institute, Johannesburg, Frankfurter Rundschau, 2.8.1974, S. 4
- 11) Rhodesien und Mosambik, Eindrücke einer Reise vom 18.5.-4.6.1972 von Hans Dichgans, MdB. Manuskript o.O., o.J., "nicht zur Veröffentlichung bestimmt".

- 12) Z.B. Zigaretten der Brinkmann-Gruppe, die zum Ruppert-Konzern gehört.
- 13) Z.B. Firma Hegeler, Bremen.
- 14) "Die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e.V.", Bad Godesberg, o.J., verschickt an Neumitglieder, z.B. 1972
- 15) Rüdiger von Wechmar, Rede vor dem Ausschuß der UN-Vollversammlung, 28.10.1974, Frankfurter Rundschau, 30.10.1974, S. 1
- 16) Hans-Jürgen Wischniewski, Staatsminister, SPD-Pressedienst P/XXIX/22, 21.11.1974
- 17) Erster Botschaftssekretär, Deutsche Botschaft, Lusaka, Holderbaum, Zambia Daily Mail, 5.11.1974
- 18) The Star, Johannesburg, 24.1.1970
- 19) Aviation Week and Space Technology, 13.2.1972, S. 32
- 20) Michel Vincieneau, La Belgique et le Commerce des arms, Brüssel 1974, S. 87 f, Lauppe, Rüstungswirtschaftliche Beziehungen der BRD zum südlichen Afrika, Gauting 1974, S. 62
- 21) SIPRI, Interim-Report, Stockholm 1974, S. 226, zit. in: Lauppe, a.a.O., S. 62
- 22) Janes Weapon Systems, 1971-72, S. 37, Lauppe, a.a.O., S. 62
- 23) Le Monde, 13.3.1974
- 24) Ankündigung in: Wehrdienst 461/74, 29.4.1974. Der Verkauf wurde am 1.8.1974 von Dr. Hecker, dem verantwortlichen Beamten des Auswärtigen Amtes auf Anfrage bestätigt.
- 25) Das ergeben folgende Quellen: The Times, 11.12.1971; Diário de Notícias, Lissabon, 5.4.1973; SIPRI Yearbook 1973, S. 330; Marine Rundschau, München, Februar 1974; Ya, Madrid, 2.8.1974
- 26) Weyers Flottentaschenhandbuch 73/74, S. 13
- 27) ZDF "Auslandsmagazin", 6.12.1974, 19.50 h; Der Tagesspiegel, Berlin, 5.12.1974
- 28) Parlamentarischer Staatssekretär Berkhan: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode, 124. Sitzung, 16.10.1974 sowie: Bundeswehr aktuell 11/5, 9./I./75
- 29) Aussage eines Mitarbeiters
- 30) Financial Mail, Johannesburg, 4.10.1974; West-Germany, Supplement to Financial Mail
- 31) Der Spiegel, 18.10.1971
- 32) Blick durch die Wirtschaft, 9.12.1974. Dort wird Frankreich als fünftgrößter Lieferant Südafrikas ohne Waffenverkäufe und als unter den ersten drei Lieferanten mit Waffenverkäufen angegeben. Der Unterschied zwischen den jeweiligen Lieferungen ergibt den Betrag von 600.000 DM.

(Quelle: Hektographiertes Material des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika, Bonn, 15. Februar 1975; Zwischenüberschriften: AIB)

**Adressenänderung
bitte
rechtzeitig
bekanntgeben!**

Erdöl

Seit dem "Ölschock" zur Jahreswende 1973/74 reißt die Hetze gegen die erdölexportierenden Entwicklungsländer nicht ab. Im offiziellen Sprachgebrauch haben sich Difamierungen wie "Neureiche", "Öl-Potentaten" oder "Ölscheichs" eingebürgert. Allenthalben geht man mit der Argumentation hausieren, die "Ölmilliarden" seien die eigentliche Ursache der "gegenwärtigen Strukturkrise der Weltwirtschaft" (Bundeskanzler Schmidt), des internationalen Währungsdebakels, der Zerrüttung der westlichen Staatsfinanzen und somit der kapitalistischen Wirtschaftskrise überhaupt: Die Krise - so behauptete etwa der Spiegel am 14.10.1974 - werde direkt "von Tripolis und Teheran, von Riad und Algier ... gesteuert". Das hält jedoch Bonns Spitzenpolitiker und Westdeutschlands Konzernherren nicht davon ab, sich angestrengt Gedanken zu machen, wie die ansteigenden Einnahmeüberschüsse der Ölförderländer am besten "zurückzuschleusen" und profitabelferd auszunutzen seien oder wie die Front der OPEC-Länder gespalten werden könne. Dahinein gehört auch die Entfachung einer rassistischen Kampagne und Kriegspsychose gegen die arabischen Ölstaaten (s. auch S. 3 in diesem Heft).

Dabei wird naturgemäß die Legitimität der

Nutzung der Öleinkünfte zur beschleunigten Überwindung der ökonomischen Rückständigkeit der Entwicklungsländer ignoriert. Unterschlagen wird auch die - je nach dem Charakter der Staatsmacht bzw. dem Entwicklungsweg dieser Länder - unterschiedliche Verwendung der "Ölmilliarden" im Interesse des arbeitenden Volkes oder des Imperialismus und der privilegierten Oberschichten.

Dieser Frage ist Naim el Ashhab im ersten Teil einer Untersuchung nachgegangen, die er auf dem "2. Internationalen Seminar über Erdöl und Rohstoffe" im November 1974 in Bagdad (vgl. AIB Nr. 11-12/1974, S. 24-27) vorlegte. Er tut dies am Beispiel der Ausgabepolitik der Ölländer Irak und Iran, Saudi Arabien.

Im zweiten Teil dieser Analyse, die wir im nächsten Heft veröffentlichen, setzt sich Naim el Ashhab mit der Problematik des Einsatzes der "Ölmilliarden" als Kapitalanlagen in imperialistischen Hauptländern, als Mittel zur Teilhabe an neokolonialistischen Projekten und als Instrument zur militärischen wie politischen Bekämpfung der nationalen Befreiungsbewegungen auseinander.

Naim el Ashhab

Die «Ölmilliarden» - zwei Wege ihrer Verwendung (1. Teil)

Trotz kolonialer Sklaverei und imperialistischer Herrschaft, die jahrhundertlang ein Hindernis auf dem Wege der natürlichen Entwicklung von Asien, Afrika und Lateinamerika bildeten, hat die großzügige Natur einige dieser Länder mit lebenswichtigen und wertvollen Bodenschätzen, speziell mit Öl, versehen. Diese Naturreichtümer können heute dazu genutzt werden, sehr rasch sowohl die Rückständigkeit dieser Länder zu überwinden als auch ihnen zu helfen, den modernen Stand der Zivilisation zu erreichen, wenn in diesen Ländern die finanziellen Hilfsquellen in konstruktiver Weise genutzt werden.

Ich möchte betonen, daß das Obengesagte nicht die vollständige Befreiung von der imperialistischen Herrschaft bedeutet, besonders nicht auf dem Gebiet der Ölinvestitionen. Selbst wenn eine vollständige Nationalisierung der Ölquellen und der Ölgewinnung durchgeführt würde, versuchte das kapitalistische Ölmonopol weiterhin, den Löwenanteil an den

enormen Profiten zu erlangen, die aus den der Ölgewinnung nachgeordneten Arbeitsgängen erwachsen, aus dem Transport, der Verteilung, Raffinierung etc.

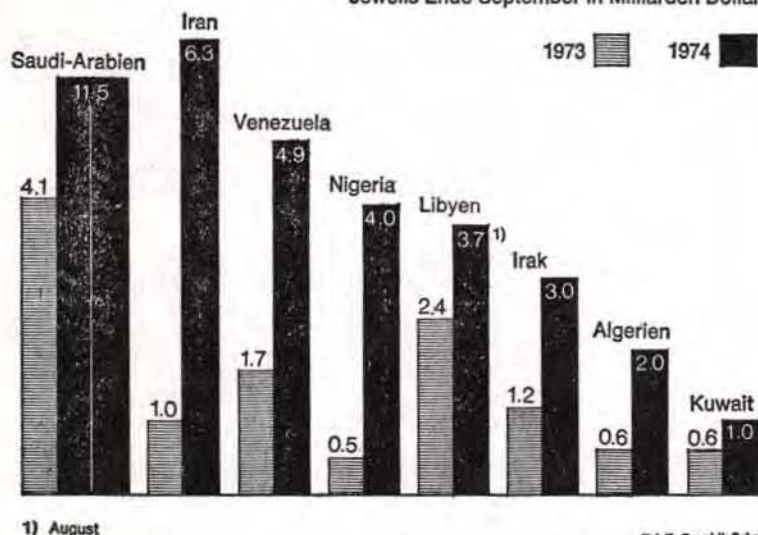
Sprunghafter Anstieg von Öleinkünften und Devisenreserven

Ungeachtet der heutzutage vorherrschenden Verhältnisse in der Ölproduktion in diesen Ländern kann man beobachten, daß die Öleinkünfte und die zahlungsfähigen Vermögenswerte gewaltig ansteigen. Ebenso kann man erwarten, daß Öleinkünfte und zahlungsfähige Vermögenswerte künftig astronomische Höhen erreichen werden.



Währungsreserven der Ölländer

Jeweils Ende September in Milliarden Dollar



1) August

F.A.Z.-Graphik Schreiber

MIT DEM ÖL NACH OBEN GESPULT

Die zwanzig Länder mit den höchsten Gold- und Devisenreserven (in Milliarden Dollar)

Juni 1973		Juni 1974	
1	BUNDESREPUBLIK 32,3	1	BUNDESREPUBLIK 34,2
2	JAPAN 15,2	2	USA 14,9
3	USA 14,3	3	JAPAN 13,4
4	FRANKREICH 11,8	4	SCHWEIZ 8,4
5	SCHWEIZ 8,2	5	FRANKREICH 8,2
6	GROSSBRITANNIEN 7,0	6	SAUDI ARABIEN 7,1
7	AUSTRALIEN 6,1	7	GROSSBRITANNIEN 6,7
8	KANADA 6,0	8	BRASILIEN 6,4
9	BRASILIEN 6,0	9	KANADA 6,1
10	ITALIEN 6,0	10	SPANIEN 6,1
11	NIEDERLANDE 5,8	11	NIEDERLANDE 5,5
12	SPANIEN 5,8	12	AUSTRALIEN 5,5
13	BELGIEN 5,1	13	IRAN 5,4
14	SAUDI ARABIEN 3,1	14	ITALIEN 5,3
15	ÖSTERREICH 3,1	15	BELGIEN 4,8
16	LIBYEN 2,7	16	VENEZUELA 4,6
17	Portugal 2,6	17	LIBYEN 3,0
18	SCHWEDEN 2,4	18	IRAK 2,9
19	VENEZUELA 1,9	19	ÖSTERREICH 2,7
20	SÜDAFRIKA 1,8	20	PORTUGAL 2,6

Beispielsweise deuten Zahlen des Internationalen Währungsfonds darauf hin, daß die Rücklagen von Saudi Arabien die Devisenbestände selbst einiger Industrieländer in Europa übersteigen. Im Mai 1974 hatten die Barreserven von Saudi Arabien eine Höhe von 6,2 Mrd Dollar (im September 1974 bereits 11,5 Mrd Dollar, d.Red.) erreicht und überstiegen damit die Reserven eines hochentwickelten Landes wie Italien, dessen zahlungsfähiges Vermögen Ende Mai 1974 5,5 Mrd Dollar erreichte. Die beschleunigte Anhäufung der Geldrücklagen veranschaulicht ein Bericht des Internationalen Währungsfonds. Er zeigt, daß Saudi Arabiens zahlungsfähiges Vermögen im April 1974 5,5 Mrd Dollar betrug. Noch am 31. Dezember 1973 hatten sich diese Reserven an Bargeld auf 3,9 Mrd Dollar belaufen, was in 5 Monaten einem Anstieg um 80% entspricht.

Das zahlungsfähige Vermögen von Kuwait hat sich in den ersten 5 Monaten des Jahres 1974 verdoppelt. Was den Iran betrifft, so erreichten die Reserven an Bargeld Ende Mai 1974 3,8 Mrd Dollar, während sie zu Beginn des Jahres 1974 erst 1,2 Mrd Dollar betragen.

In einer Prognose für das kommende Jahrzehnt - die Beibehaltung des gegenwärtigen Entwicklungstempos vorausgesetzt und bei vollständiger oder teilweise Nationalisierung - schätzt die Weltbank in ihren Berichten vom Juli 1974, daß die Anhäufung von Geldreserven der Mitglieder der "Organisation erdöl-exportierender Staaten" (OPEC) 1980: 650 Mrd Dollar und 1985 rund 1,200 Billionen Dollar erreichen könne. Das entspräche dem 12fachen Wert der US-amerikanischen Auslandsinvestitionen, die gegenwärtig über 100 Mrd Dollar

betragen, d.h. 120 mal so viel wie die im Besitz der US-Regierung befindlichen Goldreserven.

Wessen Interessen dienen die "Ölmilliarden"?

Ohne uns der Sprache der Zahlen hingeben zu wollen, sehen wir uns doch einem Phänomen gegenüber, das gigantische Ausmaße annimmt.

Von daher erhebt sich die entscheidende Frage: In wessen Interesse wird das Geld Verwendung finden?

Wird es genutzt als Gnadenengel, welcher außerordentliche Möglichkeiten verheißt für Aufbau bzw. Wiederaufbau, für sozialen und ökonomischen Fortschritt, für die Wohlfahrt der Massen und für die Überwindung von Rückständigkeit und Ungerechtigkeit, die die imperialistische Vorherrschaft verursacht hat?

Oder wird es eingesetzt als Dämon der Zerstörung und des Bösen, zur Verschlimmerung der sozialen Ungerechtigkeit und Unterdrückung der unteren Klassen im Interesse der privilegierten sozialen Klassen?

Werden die Länder zu einer unabhängigen Entwicklung hingeführt, oder bindet man sie weiter an die internationalen Monopole an? Wird das Geld in den Dienst der Sache des Friedens in der Welt gestellt? Oder wird es anders kommen?

Nach den Grundauffassungen des Marxismus und Leninismus ist die Antwort hierauf in der Natur des jeweiligen politischen Herrschaftssystems zu suchen. Letztendlich handelt es sich um eine Klassenfrage.

Wen repräsentiert die politische Macht, die die enormen Ressourcen kontrolliert? In wessen Interesse werden diese Ressourcen letztlich genutzt?

Um vom Allgemeinen zum Besonderen überzugehen, muß man einen Blick auf die Art und Weise werfen, wie einige der ölproduzierenden Länder in unserer Region mit ihren Einkünften verfahren. Dies wird uns helfen, die Natur und Spezifik der Kanäle zu enthüllen, in die diese Einkünfte fließen.

Verwendung der Öleinkünfte im Irak

Beginnen wir mit dem Irak, wo wir uns heute anlässlich des 2. Internationalen Seminars für Erdöl und Rohstoffe versammelt haben. Hier im Irak bilden die Öleinkünfte einen grundlegenden Posten des Staatshaushalts. Während dieser Anteil der Öleinnahmen am Staatshaushalt 50% erreicht, macht er am wirtschaftlichen Entwicklungsplan einen Anteil von 80% aus. Die irakischen Öleinkünfte werden dieses Jahr auf 2,0 Mrd Irakische Dinar (1 Dinar (ID) = ca. 10 DM) geschätzt, wovon 1,029 Mrd ID dem wirtschaftlichen Entwicklungsplan - genannt Investitionsprogramm - zugewiesen sind. Weitere 771 Mio ID fließen dem normalen Haushaltsbudget zu.

Um die Bedeutung der Nutzung von Öleinkünften im Dienste der wirtschaftlichen Entwicklung abzuschätzen, so scheint es uns - in Übereinstimmung mit den Aussagen von Präsident El-Bakr in einer Rede am 17. Juli 1974 -, daß die Entwicklung der staatlichen Wirtschaftssektoren - die Ölindustrie ausgeklammert - den Stand vom Vorjahr um 13% überschreiten wird. Die Rate des irakischen Wirtschaftswachstums - ohne die Ölindustrie - erreichte im Planungszeitraum 1970-74 jährlich 14%, und übertraf damit die ursprünglich veranschlagte Wachstumsrate um das Doppelte.

Das Pro-Kopf-Einkommen wird um 33% steigen. Die vorläufigen Schätzungen für den zukünftigen Entwicklungsplan im Irak gehen unter Zugrundelegung der Preise von 1973 dahin, daß der Umfang der Investitionen in den verschiedenen Sektoren 5 Mrd Dinar überschreiten wird. Davon sind 400 Mio Dinar für die Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft vorgesehen, 1,360 Mrd für Transport- und Verkehrsmittel, 1,400 Mrd für Berufsausbildung, Erziehungs-, Gesundheits- und Umweltprojekte. Von den oben erwähnten Daten wurden allein 350 Mio Dinar für Entwicklungsprojekte der kurdischen Region zugeweiht und bereits ausgegeben, und im gegenwärtigen Investitionsprogramm sind große Summen zur speziellen wirtschaftlichen Förderung dieser Region veranschlagt. Von der Summe von 710 Mio Dinar, die den Hauptsektoren im Investitionsprogramm zugewiesen sind, wurden 100 Mio für die autonome kurdische Region bereitgestellt - zusätzlich zu den 40 Mio Dinar, die zur Überwindung der Rückständigkeit und für dringende Vorhaben in diesem Gebiet verwendet werden.

Mittel zur Festigung der nationalen Unabhängigkeit

Was kann man aus diesen Angaben und Beispielen schlußfolgern?

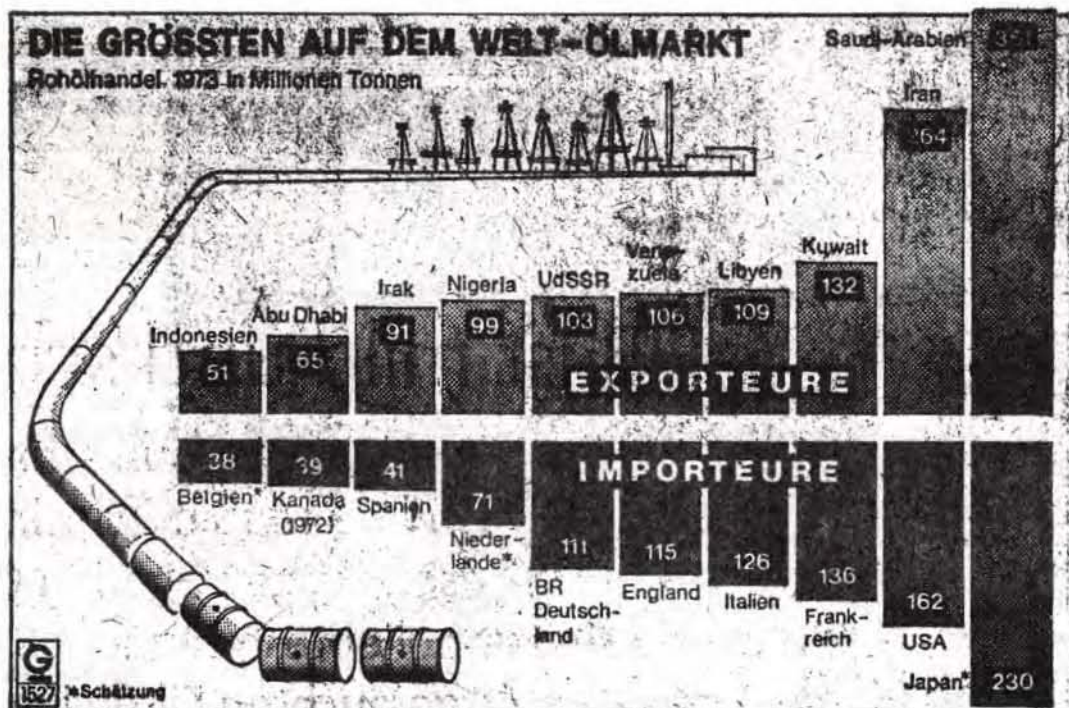
Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß es mit weder obliegt, die Ausgabenpolitik der irakischen Regierung zu verteidigen, noch zu beurteilen, ob jeder irakische Dinar am richtigen Ort Verwendung findet. Das ist nicht meine Aufgabe. Ich befasse mich vielmehr mit einigen allgemeinen Trends.

(1) Die irakischen Öleinkünfte werden bis auf den heutigen Tag genutzt, um die nationale Wirtschaft zu entwickeln und um sie zur raschen Verminderung der traditionellen Abhängigkeit von einem einzigen Produkt einzusetzen, welche die Imperialisten früher erfolgreich zur Konservierung ihrer Vorherrschaft nutzten. Auf diese Weise wird der Anteil der Öleinkünfte am Nationaleinkommen des Irak allmählich zugunsten der Entwicklung anderer Produktionszweige verringert.

(2) Die irakischen Öleinkünfte werden außerdem genutzt, um bessere soziale Fürsorgemaßnahmen und mehr soziale Gerechtigkeit in der Verteilung des Nationaleinkommens sicherzustellen. Das zeigt sich beispielsweise an der kostenlosen Ausbildung, die mit Beginn des Jahres 1974 auf allen Ebenen gewährt wird oder an der besonderen Förderung, die man den rückständigen Landesteilen einschließlich der kurdischen Regionen zuteil werden läßt.



Grafik aus „Handelsblatt“



(3) Die irakischen Öleinkünfte spielen eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des staatlichen Sektors als des führenden Sektors in der Wirtschaft, der die Ausweitung der wirtschaftlichen Planung bestimmt und der von hoher Bedeutung bei der Zurückdrängung des Privatkapitals und bei der perspektivischen Durchsetzung des Sozialismus ist. Das wird in der Charta der Nationalen Front bekräftigt. Auf dieser Grundlage reifen objektive Voraussetzungen heran, die irakische Allianz der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte noch enger zu schmieden.

(4) Die irakischen Öleinkünfte tragen zur Stärkung des Kampfes gegen Imperialismus, Zionismus und Reaktion in der Region bei. Dies wird deutlich an der Rolle, die die irakischen Streitkräfte im Oktober 1973 gespielt haben und an den finanziellen Zuwendungen für Syrien.

Gleiches trifft auch - in anderem Zusammenhang - für Algerien zu.

Die Kehrseite der Medaille: Iran und Saudi Arabien

Was geschieht mit den Öleinkünften in Saudi Arabien und im Iran, die bei weitem die des Irak übersteigen?

Die Öleinkünfte des Iran werden auf 20 Mrd Dollar jährlich geschätzt und rangieren unmittelbar nach Saudi Arabien.

Es ist offensichtlich, daß die herrschenden Kreise des Iran nach ihren Erfahrungen der fünfziger Jahre, als ihr Herrschaftssystem dem Zusammenbruch nahe war, erkannten, daß

das sich Stützen auf eine schmale soziale Basis von Feudalherren und Stammesführern mit der Hebung des Bewußtseins der Volksmassen unhaltbar und zu engbegrenzt geworden war. So haben sie schrittweise die Ausweitung der kapitalistischen Produktionsweise gefördert, um die soziale Basis ihres Herrschaftssystems gegen jedes revolutionäre Aufbegehren zu erweitern und zu stabilisieren.

Dieser Trend trifft sich mit der Natur des zeitgenössischen Imperialismus. Und entsprechend dem Übergang zum Kapitalismus oder Sozialismus in den meisten Entwicklungsländern wurde im Iran der kapitalistische Entwicklungsweg in Stadt und Land durchgesetzt.

Saudi Arabien folgte, die Natur seiner Gesellschaft in Rechnung stellend, den Spuren des Iran. Früher war die Wendung zum Kapitalismus, vom vorherigen Zustand aus gesehen, an sich progressiv. Denn der Kapitalismus war der einzige Weg zum Fortschritt, bevor er sein Stadium des Zerfalls und des Niedergangs erreichte, und bevor er unausweichlich den Sozialismus auf die Tagesordnung setzte, welcher den Völkern den Weg zum beschleunigten Fortschritt in sozialer Gerechtigkeit eröffnete. Aus historischer Sicht verliert daher die Durchsetzung des Kapitalismus in den Entwicklungsländern ihren progressiven Aspekt gegenüber dem Sozialismus.

Beleuchten wir die Art und Weise, wie der Iran und Saudi Arabien ihre enormen Öleinkünfte verwenden und ob ihre Ausgabenpolitik im allgemeinen dem Fortschritt und dem Frie-

den für ihre Völker, für die Völker in der Region und in der ganzen Welt dient.

Wirtschaftspolitik in imperialistischen Bahnen

Diese Ausgaben werden verwendet für den Import von einigen Produktionsanlagen, für Geldrücklagen, für Kapitalinvestitionen in Banken, auf Finanzmärkten und in kapitalistischen Unternehmen sowie für die Teilhabe an imperialistischen Operationen.

Eine sogartete Ausgabenpolitik aber stellt eine Gefahr dar, die einer eingehenderen Untersuchung und wissenschaftlichen Überprüfung bedarf, zumal der Aspekt der politischen Subversion in der Region noch hinzukommt.

Importiert werden von diesen Ländern vor allem Konsumgüter zur Befriedigung der Extravaganzen der herrschenden Klassen.

Die imperialistischen Länder erhöhen die Preise ihrer Exportgüter, um das auszugleichen, was sie an die ölproduzierenden Länder zahlen. So geht die Preiserhöhung für Rohöl einher mit Preiserhöhungen für die Konsumgüter, die von diesen Entwicklungsländern für das exportierte Öl eingekauft werden.

Was den Import von Produktionsanlagen betrifft, so ist neuerdings nach dem Oktoberkrieg von 1973 zu beobachten, daß Saudi Arabien z.B. mehrere Abkommen für Industrieanlagen - die Waffenproduktion ausgenommen - mit Frankreich, Japan, den USA und anderen abgeschlossen hat.

Iran ist ihm auf diesem Wege - unter Ausnutzung der ökonomischen Beziehungen auch zur UdSSR - vorangegangen.

Zunächst wird der Import von industriellen Produktionsanlagen seitens des Iran und Sau-

di Arabiens durch folgende Faktoren beschränkt:

(a) Der Import steht im Dienst des dominierenden ausländischen und einheimischen privatkapitalistischen Wirtschaftssektors. Die Entwicklung des unter Kontrolle der Regierung - welche über die Mehrheit der Öleinkünfte verfügt - befindlichen Industriesektors bleibt begrenzt, was eine Entfaltung des staatlichen Sektors nach den vorhandenen großen Möglichkeiten verhindert. Folgerichtig ergibt sich daraus eine Verlangsamung des Entwicklungstempos des Landes.

(b) Diese Operation vollzieht sich innerhalb der vom neuen Imperialismus vorgegebenen Bahnen. Dies geschieht entweder durch die Beteiligung ausländischer Monopole als dominierenden Partnern des staatlichen Kapitals oder des einheimischen Privatkapitals, oder dadurch, daß die Einrichtungen abhängig gemacht werden von ausländischem technischem Know-how und der Zulieferung von Ergänzungs- teilen. Genau darauf arbeiten die monopolistischen Unternehmen bei der Konstruktion der Einrichtungen hin. Oder dies geschieht dadurch, daß sie für die (in Staatsunternehmen gefertigten, d.Red.) Waren, die der privatkapitalistische Sektor benötigt, nur den Kostenpreis verlangen, ungeachtet der daraus resultierenden hohen privaten Sonderprofite. Diese staatliche Subventionierung des Privatkapitals ist der Situation in der Kohleindustrie in England vergleichbar.

(Quelle: Bagdad Second International Seminar "Oil and raw materials", 1-4 November, 1974, National Council for Peace and Solidarity, Document No. 2/3, P. 1-7)



Lateinamerika

Erstmals fand im Oktober 1974 in Panama City, der Hauptstadt der Republik Panama, eine Tagung des Büros des Präsidiums des Weltfriedensrates auf lateinamerikanischem Boden statt. In Fortführung der Ergebnisse des Weltkongresses der Friedenskräfte vom November 1973 nahmen an der Tagung in Panama auch zahlreiche Vertreter der antiimperialistischen Bewegung Süd- und Mittelamerikas teil. Neben einem "Appell an die Völker Lateinamerikas", neben Resolutionen zur Solidarität mit Chile und Panama sowie Entschließungen gegen die multinationalen Monopole und den Faschismus in Lateinamerika verabschiedete die Tagung eine "Allgemeine Erklärung zu den Problemen Lateinamerikas", die wir in vollem Wortlaut abdrucken.

Dieses Dokument setzt die gegenläufigen Tendenzen von positiven antiimperialistischen Veränderungen auf dem Kontinent zu der Strategie faschistischer Putsch ins Verhältnis und weist das allgemeine Scheitern der Interventions- und Bevormundungspolitik der USA gegenüber den Staaten und Völkern Lateinamerikas nach. Das Dokument begründet die Notwendigkeit der Herstellung einer kontinentalen antiimperialistischen Einheitsfront sowie der Schaffung einer neuen kontinentalen Staatenorganisation - unter Einbeziehung des sozialistischen Kuba und ohne die USA.

Im Januar d.J. hagelte es gegen das von US-Präsident Ford in Kraft gesetzte neue Außenhandelsgesetz ("Trade Bill") in den lateinamerikanischen Hauptstädten Proteste. Dieses Gesetz droht allen Ländern ökonomische Restriktionsmaßnahmen an, die US-Konzerne entgegen oder Rohstoffvereinigungen wie der

OPEC angehören. Von Venezuela wurde die "Trade Bill" mit weiteren Nationalisierungsmaßnahmen, von Argentinien mit der Absage der Ende März d.J. in Buenos Aires geplanten OAS-Konferenz beantwortet. Washington versuchte derweil durch eine Korrektur seiner OAS-Politik einzulenken: Anfang März d.J. erklärte die US-Regierung erstmalig ihre Bereitschaft, einer offiziellen Beendigung des Wirtschaftsboykotts gegen Kuba zuzustimmen. Ob es ihr jedoch gelingen wird, den stinkenden Leichnam OAS weiter am Leben zu erhalten, scheint heute unwahrscheinlicher denn je zuvor.



Karikatur: Gösta Lersch

Tagung des Weltfriedensrats in Panama

Allgemeine Erklärung zu den Problemen Lateinamerikas

Die Initiative des Büros des Präsidiums des Weltfriedensrates, erstmalig in Lateinamerika zu tagen, ist eine weitere Verwirklichung des Traumes von Bolivar, (1) dem es gelang, in Panama den ersten "Congreso Antifictionico" durchzuführen. Dieser befaßte sich mit der nach der Unabhängigkeit der südamerikanischen Kolonien zu verfolgenden Politik.

Es ist daher nicht zufällig, daß diese Tagung im Herzen Amerikas, in Panama, stattfindet. Denn das entschlossene Eintreten dieses Landes für die Rückgewinnung der vollen Souveränität über die Kanalzone, für die Verteidigung seiner Wirtschaft und für eine internationale Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil symbolisiert den gemeinsamen Beschluß der lateinamerikanischen Völker, dem Imperialismus ihre volle Unabhängigkeit abzurufen - was in Kuba bereits erfolgreich geschehen ist. Dieses Ziel wollen sie erreichen durch ökonomische und soziale Umgestaltungen in ihren Ländern, durch wahre Entwicklung und durch die Beseitigung der empörenden Privilegien und Ungerechtigkeit, des Hungers, des Elends und der Rückständigkeit, unter denen Millionen Südamerikaner leiden.

Die Lage in Lateinamerika ist heute gespannter denn je, aber auch aussichtsreicher denn je. Ehemals eine "Reserve" bzw. ein "Hinterhof" der USA, hat es sich im letzten Vierteljahrhundert zu einem riesigen Schlachtfeld entwickelt, auf welchem der US-Imperialismus auf die Völker trifft, die entschlossen sind, die Abhängigkeit ein für allemal abzuschütteln.

Mit dem Erfolg der kubanischen Revolution und deren anschließender Festigung ist ihr Kampf in eine neue ermutigende Phase eingetreten.

Politik der multinationalen Monopole und der USA

Wie die Erfahrung in Chile zeigt, entwickeln und verstärken die multinationalen Monopole die Technik des volksfeindlichen Putsches.

Noch skandalöser ist aber die Tatsache, daß Präsident Ford ebenso wie Außenminister Kissinger unter Bezugnahme auf die von den USA über ihre Beteiligung an den tragischen Ereignissen in Chile gemachten Enthüllungen behaupten, daß sie "den Interessen des chilenischen Volkes und sicher auch unseren Inter-

essen" entsprochen haben. Diese Haltung ist eine Verletzung der UNO-Charta und aller Normen des Völkerrechts und muß von der Weltöffentlichkeit und allen, die das Recht der Völker auf Selbstbestimmung verteidigen, entschieden zurückgewiesen werden.

Die verschiedenen subtilen und brutalen Methoden, die von den USA und ihren Agenten und multinationalen Monopolen eingesetzt werden, um das Bestreben der lateinamerikanischen Völker zu begrenzen, zurückzudrängen und zunichte zu machen, sind gut bekannt. Sie werden oft verurteilt. Von der direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Länder bis zur ökonomischen Aggression, Subversion, Erpressung, ideologischen, politischen, militärischen und kulturellen Penetration wird mit allen Mitteln - auch mit den schändlichsten und illegalsten - versucht, die Unterdrückung und den unannehmbaren status quo zu erhalten.

Es ist eine wachsende Unterstützung für die reaktionären Regime des Kontinents und die Verschwörungen zur Einsetzung neuer faschistischer Regierungen wie in Chile, Brasilien, Bolivien und Uruguay festzustellen. Es werden internationale Verleumdungskampagnen gegen die Länder gestartet, die Maßnahmen gegen die US-Truste treffen, wie Peru, Venezuela, Panama, Argentinien, Ekuador, Mexiko und Costa Rica, und Repressalien gegen sie ergriffen. Der brasilianische Imperialismus und

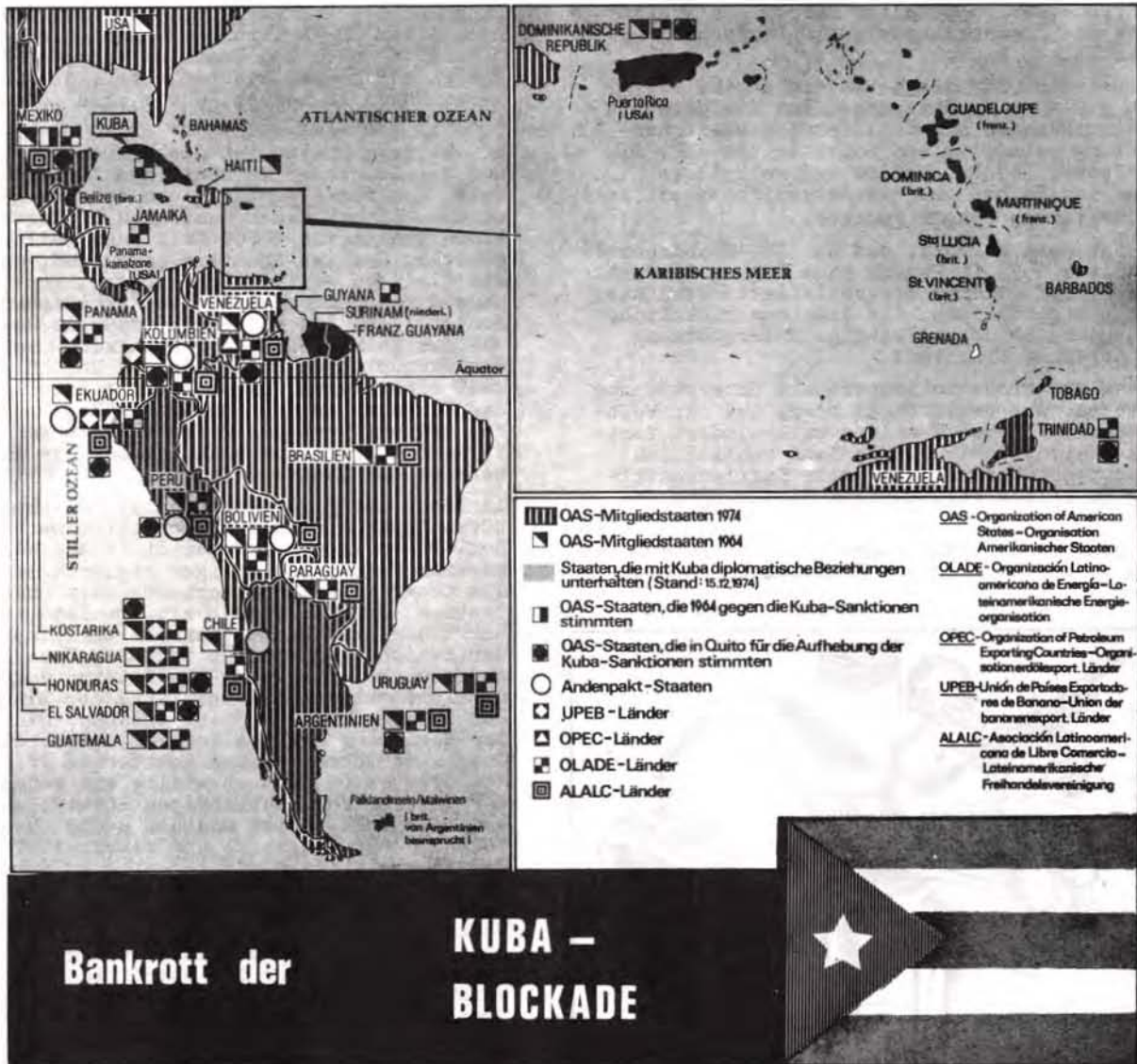
sein Anspruch auf die politische Hegemonie in diesem Raum werden ermutigt. So wird im südlichen Teil Lateinamerikas eine für den Frieden gefährliche Lage geschaffen. Gleichzeitig wird der grausamen Unterdrückung der Demokraten, Patrioten und Freiheitskämpfer in Chile, Brasilien, Uruguay, Paraguay, Bolivien, Guatemala, Haiti und Nicaragua und anderen Ländern technische Hilfe geleistet.

Die US-Monopole erweitern in Zusammenarbeit mit der US-Diplomatie den Umfang ihrer Operationen. Darin zeigt sich ihre anmaßende Haltung und daß sie nicht bereit sind, zurückzuweichen. Das läßt sich an Hand der Verschlechterung der Lage in Argentinien und der Manöver gegen andere Länder nachweisen. Ihr Bestreben geht grundlegend dahin, die Volkskräfte und die antiimperialistische Front zu spalten und den Regierungen Schwierigkeiten zu schaffen, die in der einen oder anderen Weise ihre Rohstoffe und ihre Volkswirtschaft verteidigen und eine unabhängige Außenpolitik betreiben.

Es sind in der letzten Zeit Ereignisse eingetreten, die unter allen wichtigen Aspekten ausgewertet werden müssen.

Scheitern der Kuba-Blockade und der OAS

Dr. Kissinger hat die Außenminister Amerikas neulich zu einem "neuen Dialog" aufgefordert, um die Struktur und die Grundlagen der Beziehungen zwischen den Ländern der westlichen



Hemisphäre zu überprüfen und eine gemeinsame inter-amerikanische Politik festzulegen.

Die Tatsachen zeigen jedoch, daß es nicht möglich ist, diese Beziehungen zu verändern oder einen "neuen" Dialog aufzunehmen, solange der Imperialismus auf seiner Hegemonie und den überholten Strukturen der Unterdrückung beharrt.

Aus diesem Grunde ergreifen daher verschiedene Regierungen trotz der Mißbilligung Washingtons Maßnahmen zugunsten ihrer Länder. Das ist ein Ausdruck der wachsenden machtvollen Forderungen ihrer Völker.

Ein Beispiel hierfür ist Kuba. Acht lateinamerikanische Länder haben bereits Beziehungen zu ihm aufgenommen, und weitere stehen kurz vor der Aufnahme von Beziehungen. 14 Länder haben gefordert, die unsinnige Verurteilung Kubas außer Kraft zu setzen, die auf Order der USA durch die OAS (2) ausgesprochen wurde. Die Isolierung, die damit dem Vaterland Martis (3) aufgezwungen werden sollte, richtet sich jetzt gegen den Imperialismus selbst und greift auf dem Kontinent immer mehr um sich.

Was heute not tut, ist eine echte regionale Organisation - wie die OAU in Afrika - die ein wahrer Vertreter der Länder südlich des Rio Bravo ist. Das heißt, eine Organisation der lateinamerikanischen Staaten, welche die Interessen ihrer Völker verteidigt. Das würde die Beendigung solcher Verträge wie des Vertrages von Rio de Janeiro aus dem Jahre 1948 bedeuten, die weiter nichts als Instrumente des Imperialismus zur Unterjochung unserer Völker waren.

Ein Beispiel für die in Lateinamerika vor sich gehenden Veränderungen ist die gerechte Haltung Panamas hinsichtlich der Wiederherstellung seiner vollen Souveränität über die Kanalzone. (4) Der breite und selbstlose Kampf des Volkes und die Entschlossenheit seiner Regierung tragen Früchte.

Das hat dazu geführt, daß der UNO-Sicherheitsrat Mitte 1973 in Panama eine Tagung durchführte, auf welcher die sozialistischen, die nichtpaktgebundenen, die lateinamerikanischen und andere Länder allseitige Unterstützung zum Ausdruck brachten.

Panama muß große internationale Unterstützung erhalten. Wir bekräftigen hier, daß der Weltfriedensrat seine Kampagne unvermindert fortsetzen wird, damit dieses Land schließlich einen neuen Vertrag und volle Zufriedenstellung in seinen rechtmäßigen Forderungen erhält.

Die positiven Veränderungen, die in Lateinamerika in der Haltung der Regierungen und Völ-



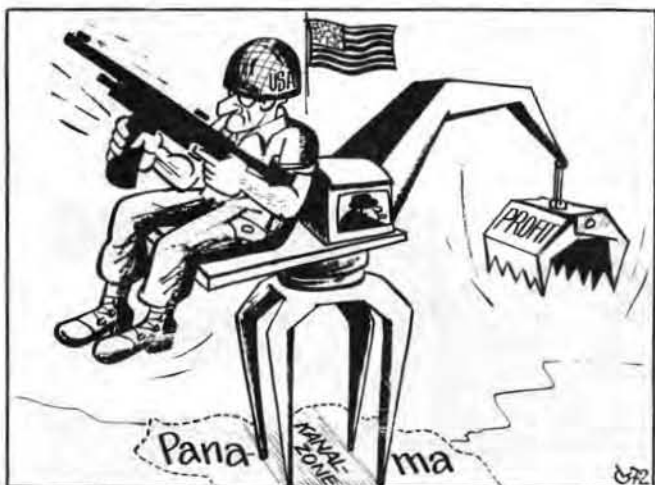
ker vor sich gehen, sind offensichtlich, vor allem in der Mißbilligung der imperialistischen Politik der USA.

Ein Beispiel ist das kürzliche historische Handeln und die Entschlossenheit der Regierung und des Volkes Venezuelas. Auf die Drohungen der US-Regierung mit ökonomischen Repressalien nach dem Beschluß Venezuelas, den Profit aus seinen Naturschätzen, dem Öl, in seine Hände zu nehmen, wurde eine lobenswerte Antwort gegeben.

Ein Beitrag hierzu ist die korrekte Haltung und der Geist der vernünftigen Zusammenarbeit, die von Argentinien an den Tag gelegt werden. Es hat dem kubanischen Brudervolk einen Kredit von 1 200 Millionen Dollar angeboten. Das ist insofern bedeutend, da hiermit die Kuba willkürlich aufgezwungene Blockade durchbrochen wird. Eine ermutigende Feststellung ist weiterhin, daß die Regierung und das Volk von Ecuador ebenfalls den Weg der ökonomischen Befreiung und Unabhängigkeit einschlagen. Sie haben die Beteiligung der Monopole an der Ausbeutung der Ölressourcen begrenzt und die Ölförderung unter staatliche Kontrolle gestellt, so daß sie im Interesse des Landes erfolgt.

In Bezug auf Mexiko möchten wir die konstruktiven Aspekte seiner Außenpolitik hervorheben. Diese liegen auf der Linie des Wirkens unserer Völker und einiger Regierungen gegen die imperialistische Vorherrschaft und Penetration. Mexiko ist das einzige Land, das nicht den Anweisungen der OAS zur Einstellung der Beziehungen mit der Republik Kuba folgte. Außerdem hat Mexiko in den letzten Jahren die Forderung nach Einstellung der Blockade auf internationaler Ebene erhoben. Die von der Regierung Mexikos der UNO unterbreitete Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten (5) ist ebenfalls ein bedeutender Beitrag zur unabhängigen Entwicklung, dem sozialen Fortschritt und dem Recht unserer Völker, ihre Rohstoffe und Naturreichtümer zu nationalisieren und für sich zu nutzen. Der Beitrag Mexikos zur Verteidigung des Friedens, zur friedlichen Koexistenz, gegen das Wettrüsten und zur Solidarität mit dem chilenischen Volk sind nur einige wenige hervorragende Beispiele für die Bekräftigung der tief verwurzelten nationalen, antiimperialistischen Traditionen in Verteidigung der nationalen Souveränität, durch welche diese positive Außenpolitik gekennzeichnet ist.

Im Zusammenhang mit der oben geschilderten Situation ist auch die Tatsache zu sehen, daß



„Dreh-Punkt. Wie lange noch!“

Karikatur: Gösta Lerch

Peru seinen revolutionären Prozeß vertieft und dem öffentlichen Besitz Vorrang gibt. Es hat die wichtigsten Zeitungen, die im Dienste der Oligarchie und der ausländischen Trusts standen, enteignet und volkseigenen Gesellschaften übergeben. Es tritt für die Selbstbestimmung und Souveränität der Völker ein. Es betreibt eine Politik des Friedens und des sozialen Fortschritts und hat die Aufrüstung eingefroren.

Das Auftreten des Volkes und der Regierung Costa Ricas ebenso wie Panamas und Honduras' gegen die ökonomische Aggression seitens der USA hinsichtlich der Bananenerzeugung verdient eine besondere Würdigung, ebenso ihre Haltung im Zusammenhang mit der Blockade gegen Kuba und für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den sozialistischen Ländern. Diese Verhaltensweise ist ein wertvoller Beitrag zur Politik der internationalen Entspannung und Zusammenarbeit.

Die Strategie faschistischer Putsche

Um diesen begrüßenswerten Tendenzen entgegenzuwirken, beschwört der Imperialismus gefährliche Situationen herauf. Es besteht ein

Die seit langem in Mittelamerika schwelenden Aggressionen verschärfen sich. Mit Unterstützung der in Nikaragua, Guatemala und El Salvador eingesetzten reaktionären Regime versucht der Imperialismus, seine Zügel über solche fortschrittlichen demokratischen Länder wie Costa Rica und Honduras zu werfen.

Honduras ist ein Land, wo gewisse ökonomische und soziale Reformen durchgeführt werden und ein nationaler Entwicklungsplan in Angriff genommen wird. Ferner ist der Konflikt zwischen Honduras und El Salvador, ebenso wie der koloniale Zustand in Belize, nach wie vor eine latente Gefahr für den Frieden in Mittelamerika.

Besonders tragisch ist der Fall Guatemala. Seit Jahren werden mutige Bürger, die für Demokratie und nationale Unabhängigkeit kämpfen, systematisch gefoltert und ermordet. Die brutalen Methoden, zu denen das Regime greift, erinnern an die schlimmsten Beispiele des Faschismus. Die Völker müssen durch Protest- und Solidaritätsaktionen dazu beitragen, dieser Tragödie ein Ende zu machen.

Auch verdienen Jamaika, Guyana, Trinidad, Tobago und Barbados erwähnt zu werden. Obwohl unabhängig, haben sie um ihr Bestehen und die Festigung ihrer ökonomischen Unabhängigkeit zu kämpfen.

Auch müssen wir der auf den Kleinen Antillen herrschenden Lage Rechnung tragen. Hier ist ein sehr positives Streben nach Befreiung zu verzeichnen.

In diesem Rahmen muß auch die Notwendigkeit bekräftigt werden, alle noch in Amerika vorhandenen Überreste des Kolonialismus zu beseitigen.

Die oben dargelegten Faktoren haben in Lateinamerika zu einer Eskalation der Aufrüstung geführt. Diese erhöht noch die Konfliktmöglichkeiten zwischen Nachbarländern, bringt den Völkern größere Armut und verstärkt den von den faschistischen Regierungen gegen den Volkskampf eingesetzten Unterdrückungsapparat.

Überreste des Kolonialismus: Beispiel Puerto Rico

Wir müssen betonen, daß keine Überreste des Kolonialismus in Amerika akzeptiert werden können, wie z.B. in Puerto Rico, das seit Ende des vorigen Jahrhunderts von den USA besetzt ist. (6) Die patriotischen Kräfte dieses Brudervolkes führen einen beharrlichen und mutigen Unabhängigkeitskampf.

Der Beschluß des UNO-Entkolonialisierungsausschusses, daß die UNO-Erklärung zur Unabhängigkeit für die Kolonien auch im Falle Puerto Rico anzuwenden ist, ist von der UNO-Vollversammlung zweimal bestätigt worden. Auch wurde dieser Beschluß von der Konferenz der nichtpaktgebundenen Länder 1973 in Algier und vom Weltkongreß der Friedenskräfte im Oktober des gleichen Jahres in Moskau ratifiziert. Die USA tragen aber weder der UNO-Erklärung noch den Beschlüssen der anderen Gremien Rechnung.

Im Gegenteil, die US-Monopole verstärken ihre Aktivität in diesem Lande. Sie wollen die großen Vorkommen an Kupfer, Nickel und anderen Metallen an sich reißen. Daraus ebenso wie aus dem beabsichtigten Bau eines großen Ölhafens ergibt sich die Gefahr, das das ökologische Gleichgewicht in Puerto Rico gestört und seine Naturschätze ruiniert werden. Damit wird die hemmungslose Ausbeutung dieser Insel noch verstärkt. Gleichzeitig steigt die bereits hohe Auswanderungsrate der Puertoricaner, die zusammen mit der einem Genozid gleichkommenden Geburtenkontrolle das Bestehen dieser lateinamerikanischen Nation bedroht.

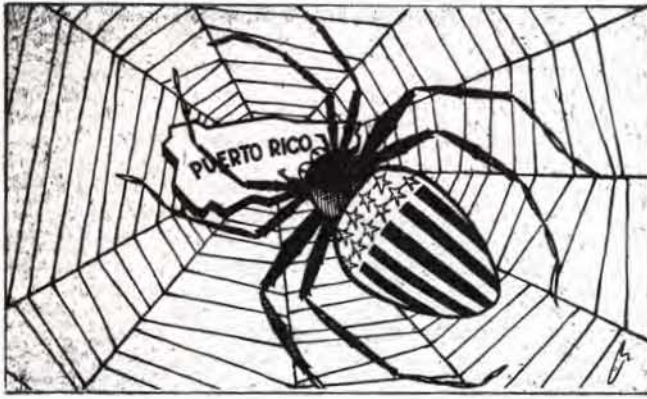


Plan, die Freiheit zu ersticken, der sich auf mehrere Länder erstreckt. So wurde das demokratische Leben in Uruguay beseitigt und faschistische Putsche in Bolivien und Chile inszeniert.

Der faschistische Putsch in Chile wurde in den Büros der transnationalen Monopole vorbereitet und von der CIA ausgeführt. Sein Ziel bestand darin, den ausländischen Monopolen und der einheimischen Oligarchie ihre Vorrechte zurückzugeben. In diesem einen Jahr des Terrors und des Hungers, die über die gesamte Nation gebracht worden sind, hat sich das faschistische Regime in Chile als eine Gefahr für den gesamten Raum erwiesen. Es bedroht den Frieden und die Souveränität der Völker Südamerikas, da es als Sprungbrett für die zukünftige militärische und ökonomische Unterdrückung des Raumes dient.

Die Diktatur in Uruguay greift zu brutaler Unterdrückung und systematischer grausamer Folterung. Sie füllt die Gefängnisse mit Tausenden Patrioten, die als Geiseln festgehalten werden. So wird versucht, den heldenhaften und gerechten Kampf des Volkes um die Wiedererlangung der Unabhängigkeit, Souveränität, Freiheit und Demokratie, die an die einheimische Oligarchie und den USA-Imperialismus verschachert worden sind, zu ersticken.

Der Angelpunkt in diesem Plan ist die militär-faschistische Diktatur in Brasilien, die kein Geheimnis aus ihren Absichten macht, sich im Auftrage Washingtons die Hegemonie in diesem Raum anzueignen. Im Rahmen seiner expansionistischen Pläne betreibt Brasilien ein großes Wetrüsten. Das stellt für seine Nachbarn eine Gefahr dar.



Es kann nicht zugelassen werden, daß zu einer Zeit, da die Entkolonialisierung in der ganzen Welt erfolgreich vorangeht, die USA das Verbrechen des Kolonialismus gegen Puerto Rico fortsetzen dürfen. Die internationale Konferenz, die unter der Patenschaft des Weltfriedensrates zur Unterstützung des Volkes von Puerto Rico im September 1975 in Havanna durchgeführt werden soll, muß Bedingungen schaffen, die den Befreiungskampf begünstigen und zum Siege desselben führen.

Ebenso kann die Art und Weise nicht geduldet werden, in der Großbritannien im vergangenen Jahrhundert mit Waffengewalt die Falkland-Inseln an sich gerissen hat. Diese gehören zum argentinischen Territorium. Es ist die Zeit gekommen, da alle international möglichen legalen Mittel eingesetzt werden müssen, damit Großbritannien Argentinien diese Inseln unverzüglich zurückgibt.

Wir ziehen hier eine traurige Bilanz. Fünf puertoricanische Patrioten werden seit über 20 Jahren in US-amerikanischen Gefängnissen eingekerkert gehalten. In Paraguay befinden sich 3 Menschen seit 16 Jahren in den Verliesen der Stroessner-Diktatur. (?) Diese beiden Gruppen politischer Gefangener sind die in Amerika am längsten eingekerkerten.

Darüber hinaus werden fast täglich zahllose Kämpfer für die Rechte ihrer Völker eingekerkert, gefoltert und ermordet: in Brasilien und Chile, in Uruguay und Paraguay, in Guatemala und auf Haiti, in Nicaragua und Bolivien. Die Verletzung der Menschenrechte ist in diesen Ländern an der Tagesordnung. Das darf nicht so weitergehen. Die Weltöffentlichkeit muß ihre Entrüstung über diesen schändlichen Mißstand zum Ausdruck bringen.

Auch in den Vereinigten Staaten selbst gibt es Probleme und Divergenzen, die ernst zu nehmen sind. Hier muß die Lage der rassischen Minderheiten wie der Chicanos, Neger und Indianer erwähnt werden, die sozial, ökonomisch und kulturell systematisch diskriminiert werden. Wir erheben unsere Stimme zu ihrer Ermutigung und in Solidarität mit ihnen.

Errichtung einer kontinentalen antiimperialistischen Front

Die in Lateinamerika immer stärker um sich greifende Wende ist ein Ergebnis des großen und vielfältigen Kampfes, den die Völker - oft unter schwierigen Bedingungen - um die Verbesserung des Lebensniveaus, Durchsetzung ihrer Rechte und Beendigung der unerbittlichen Herrschaft der Monopole und der einheimischen Reaktion und zur Herbeiführung grundlegender Umgestaltungen in der Gesellschaft führen, um so aus der Rückständigkeit, Stagnation und Unterdrückung herauszukommen. In zahlreichen Ländern finden beständig eindeutig antiimperialistische Aktionen statt, an denen sich die verschiedensten Kräfte beteiligen - politische Parteien, Gewerkschaften, Jugend- und gesellschaftliche Organisationen. Manchmal finden sie auch die Unterstützung kirchlicher und militärischer Kreise. Es

zeigt sich immer mehr eine Tendenz zur Koordinierung und zum Zusammenschluß all dieser Kräfte auf nationaler Ebene. Auch im regionalen Maßstab wird auf die Einheit Lateinamerikas hingearbeitet.

Die hier angegebenen Beispiele zeigen, daß es in der Haltung der verschiedenen lateinamerikanischen Länder zahlreiche Berührungspunkte gibt. Es kommt jetzt darauf an, diese politischen und ökonomischen Konvergenzen zu vertiefen, eine besser koordinierte Front gegen den Imperialismus aufzubauen und zu einer größeren Verständigung auf regionaler Ebene zu kommen. Es ist daher vorgesehen, im Dezember d.J. in Peru eine Tagung der lateinamerikanischen Präsidenten und im Mai 1975 in Buenos Aires eine Außenministerkonferenz abzuhalten. Es soll darauf hingewiesen sein, daß beide Tagungen außerhalb der OAS stattfinden und Kuba als vollberechtigte Partei teilnehmen wird.

Wir haben versucht, hier die Leiden und Tragödien darzustellen, die in Lateinamerika durch den Imperialismus verursacht werden. Es liegt in der Strategie der Unterdrücker, eine sehr positive Erscheinung zu bremsen: die Offensive der lateinamerikanischen Völker. Sie erleiden in diesem Prozeß zwar schwere Rückschläge, aber das ändert nicht die Hauptrichtung der Entwicklung in Lateinamerika. Der Befreiungskampf geht weiter, niemand kann ihn aufhalten. Die Lage in der Welt ist so, daß die Lateinamerikaner auf zahlreiche und mächtige Verbündete zählen können.

Der Rückzug im kalten Krieg und der Vormarsch der internationalen Entspannung sind eine objektive Hilfe für die Sache Lateinamerikas, während sein Kampf zusammen mit dem der anderen Völker der Welt dazu beitragen wird, wirkliche friedliche Koexistenz herbeizuführen, die auf der Achtung der Souveränität und der Rechte jeder Nation in einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung beruht.

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Simon de Bolivar (1783-1830) wurde zum bedeutendsten Führer der südamerikanischen Kreolen (in Lateinamerika geborene Mischlinge oder auch Weiße spanischer bzw. französischer Herkunft) im Unabhängigkeitskampf gegen das spanische Kolonialjoch. Von 1819 bis 1830 war Bolivar Präsident der Republik Groß-Kolumbien, in der er Kolumbien, Venezuela, Panama und Neugranada vereinigte.
- 2) José Martí (1853-1895) zählte zu den Gründern der mit der Arbeiterbewegung verbundenen Kubanischen Revolutionären Partei im Jahre 1892. Martí entwarf als Erster auf dem lateinamerikanischen Kontinent die revolutionärdemokratische Theorie der nationalen und sozialen Befreiung. Er zählte zu den Führern des kubanischen Unabhängigkeitskrieges (1895-1898) gegen die spanische Kolonialmacht. Martí, der am 19.5.1895 auf dem Schlachtfeld fiel, wird in Kuba als Nationalheld geehrt.
- 3) Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) wurde 1948 auf der Konferenz von Bogotá als Zusammenschluß von damals 21, heute 23 amerikanischen Staaten gegründet. Die USA schlugen 1962 einen Kurs der "Austreibung" Kubas aus der OAS ein, demzufolge bis 1964 alle lateinamerikanischen Länder - mit Ausnahme Mexikos - ihre diplomatischen Beziehungen zum sozialistischen Kuba abbrachen. Zur neueren Entwicklung der OAS siehe AIB, Nr.11/12, 1974, S.47
- 4) Im November 1903 kam es auf Intervention der USA zur Lostrennung Panamas von Kolumbien. Der Republik Panama wurde zu-

gleich von Washington der Hay-Bunau-Varilla-Vertrag aufgezwungen, mit dem die USA die Panama-Kanalzone "für ewige Zeiten" pachteten und die vollen Souveränitätsrechte darüber an sich rissen.

- 5) Die Ausarbeitung dieser Charta hatte die 3. Tagung der UNO-Konferenz für Handel und Entwicklung auf den Vorschlag Mexikos hin beschlossen. Ende Dezember 1974 wurde dies bedeutende Dokument von der UNO-Vollversammlung mit großer Mehrheit verabschiedet.
- 6) Puerto Rico, das zur Inselgruppe der westindischen Großen Antillen zählt, war von 1509-1897 spanische und ist seit 1898

als sogenannter "assoziierter Freistaat" US-amerikanische Kolonie.

- 7) General Alfredo Stroessner übernahm im Mai 1954 in Paraguay durch einen Staatsstreich die Macht und errichtete eine bis heute währende blutige Militärdiktatur.

(Quelle: Für nationale Unabhängigkeit, Souveränität und Entwicklung in Lateinamerika, Tagung des Büros des Weltfriedensrates, Panama 15.-18. Oktober 1974, Informationszentrum des Weltfriedensrates, Helsinki 1975; Zwischenüberschriften: AIB)

Chile

Eine wachsende politische Isolierung und gewaltige wirtschaftliche Schwierigkeiten charakterisieren die gegenwärtige Lage der Junta in Chile - das mußte Ende 1974 auch General Pinochet bei einem Treffen der Offiziere aller Heeresverbände in Santiago eingestehen. Wie gewöhnlich machte er für die Schwierigkeiten den Marxismus und die revolutionären Kräfte verantwortlich. Und selbst die "letzte Bastion gegen den Kommunismus", die Armee, sei von Zerstörung bedroht. Pinochets heftige Angriffe richteten sich gegen ein kurz zuvor in Umlauf gebrachtes Schreiben, den "Brief der Kommunistischen Partei Chiles an die Angehörigen aller Waffengattungen und an die Carabinieri", der auch in Offizierskreisen Verbreitung fand. Denn die Junta muß befürchten, daß der Brief seine beabsichtigte Wirkung tut und eine Polarisierung innerhalb der Armee - gegen die Junta - fördert.



General Carlos Prats und Salvador Allende: Von der Reaktion ermordet

In diesem Dokument heißt es u.a.:
"Wir sind nicht blind. Wir können zwischen dem Folterer und dem, der nicht foltert, unterscheiden; zwischen denen, deren Hände mit Blut besudelt sind, und denen, die nicht gemordet haben; zwischen Faschisten und Nichtfaschisten, zwischen den Korrupten und den Ehrbaren, zwischen denen, die ihren Eid gebrochen haben, um der Reaktion zu folgen, und denen, die irreführt wurden.
Und wir unterscheiden diese ganz genau. Wir sind davon überzeugt, daß sich viele wegen der Ereignisse innerlich zerrissen fühlen und die zahllosen Verbrechen verabscheuen...
Unsere Überzeugung ist, daß die vaterlandsliebenden Soldaten als Chilenen die Pflicht haben, zur Beendigung dieser Lage, die das

Vaterland entehrt und besudelt, beizutragen. Das Argument des Befehlsgehorsams ist keine Entschuldigung für Gewalttätigkeit und Verbrechen. Das Nürnberger Tribunal hat diese Argumente für die Weltgeschichte abgewiesen. Es gibt keine Befehle, die Unmenschlichkeit, physische Liquidierung, Folterung rechtfertigen. Es gibt keine Entschuldigung dafür, eine Regierung zu unterstützen, auf deren Konto Tausende von Toten gehen."

Der Brief hebt hervor, daß in der chilenischen Armee eine patriotische Linie besteht, die von den Generälen Schneider, Prats u.a. vertreten wird. Und diese patriotischen Kräfte lehnten es ab, die wirtschaftlichen Privilegien der Monopole gegen die Interessen des Volkes abzusichern und sie bezahlten ihre Weigerung, sich als Henker des Volkes mißbrauchen zu lassen, mit dem Leben.

"Um den Fortschritt des chilenischen Volkes zu bremsen,... wurden die Angehörigen der Streitkräfte aus ihren beruflichen Aufgaben herausgerissen und zu Diensten für eine Minderheit beordert, welche sich mit blinder Wut anschickte, die eigenen Privilegien zurückzuerobern. Um dieses Ziel zu erreichen, macht es der Minderheit nichts aus, die Hände der Soldaten mit dem Blut ihrer Brüder zu besudeln und nicht wenige von ihnen zu Henkern, Folterern und Kerkermeistern zu machen. Die Ultrarechte dachte nicht an den großen Schaden, den man unserem Vaterland zufügte. Sie dachte nur - ebenso wie vor und während der Regierung der Unidad Popular - an ihre gierigen wirtschaftlichen Profitinteressen, die ja heute von der Junta vertreten werden. Das ist ein Weg ohne Zukunft...
Für die bewaffneten Streitkräfte gibt es keinen Ruhm als Kerkermeister des Volkes und Diener einer Minderheit...
Die Militärs müssen zur Achtung der verfassungsmäßigen Tradition zurückkehren, die ihnen in der ganzen Welt Ehrung und Achtung verschafften. Sie sollen wieder Soldaten des Vaterlandes sein, anstatt Wächter der Reichen und Kerkermeister der Armen."

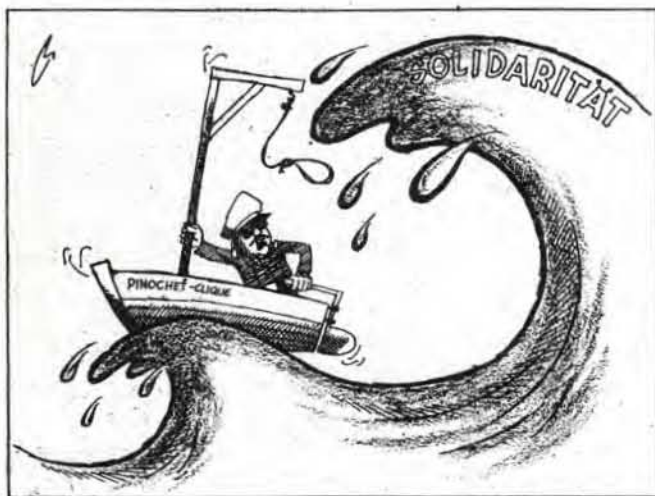
Mit den zunehmenden Schwierigkeiten der chilenischen Junta, die durch die internationale Solidarität mit dem antifaschistischen Kampf des chilenischen Volkes vergrößert werden, beschäftigten sich bei einer gemeinsamen Auslandsberatung am 26. und 27.11.1974 auch Delegationen der führenden Organe der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei Chiles. In ihrer gemeinsamen Erklärung, die im folgenden abgedruckt ist, hoben sie als wichtige Faktoren für einen erfolgreichen Kampf in Chile selbst die Entwicklung der internationalen Solidaritätsbewegung und die Festigung der Einheit der beiden Arbeiterparteien, der Sozialisten und der Kommunisten, hervor.

Gemeinsame Erklärung der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei Chiles

Der Widerstand im Lande und die Kraft der Solidarität

Die Solidarität der Völker und der Werktätigen der Welt wächst und erstarkt. Der Beweis dafür sind die zahlreichen Solidaritätsaktionen, die im September in allen Teilen der Welt durchgeführt wurden und deren hervorragendes Merkmal die zweitägige Lahmlegung internationaler Transporte zur Boykottierung des chilenischen Faschismus war:

- 1) Verwirklichung der von der UNO-Vollversammlung angenommenen Resolution;
- 2) erfolgreiche Erfüllung des Abkommens der in Tokio durchgeführten Interparlamentarischen Weltkonferenz;
- 3) tatkräftige Unterstützung der dritten Sitzung der Untersuchungskommission der Verbrechen der Junta, die in den ersten Monaten 1975 durchgeführt wird;
- 4) Belebung der Solidaritätsaktionen, die verschiedene Organisationen in Lateinamerika, Europa und anderen Kontinenten durchzuführen beschlossen haben.



Die Wellen schlagen immer höher!

Karikatur: Manke

Die Solidarität der Völker drückt sich in zahlreichen Formen aus. Zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen unterschiedlicher Stärke haben ihren Willen zum Ausdruck gebracht, neue Aktionen des wirtschaftlichen Boykotts gegen die Pinochet-Diktatur durchzuführen. Das bezieht sich besonders auf die Herstellung, den Verkauf, Transport und die Verschiffung von Waffen.

Verschiedene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Institutionen unterschiedlicher Länder haben im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des Pariser Clubs, die

die Überprüfung der Wiederverhandlung der Auslandsschuld Chiles zum Ziel hat, in Anbetracht der Nichteinhaltung der zu den Menschenrechten eingegangenen Verpflichtungen, der Nichtbefolgung der Abkommen der UNO und der völligen Verletzung der demokratischen Rechte von Seiten der Junta, ihre Regierungen gebeten, nicht an diesen Beratungen teilzunehmen. Dieser Haltung messen wir größte Bedeutung bei der Unterstützung unseres Volkes bei und unterstützen sie völlig.

Der Kampf im Lande

Im Innern des Landes wächst und verstärkt sich der Abscheu. Die Faschisten sehen sich jeden Tag mehr vom Volk und breiten Kreisen der chilenischen Gesellschaft isoliert. Wir können bestätigen, daß die überwiegende Mehrheit der Chilenen heute gegen die Militärunterjunta ist, ihr vollständiges Scheitern feststellt und sich in den gegen sie gerichteten Kampf einreihet.

Die vom Volk, der Arbeiterklasse und der chilenischen Jugend geführten heftigen Kämpfe sind das bestimmende Merkmal im Verlauf dieser Ereignisse.

Sie finden ihren Ausdruck in bedeutenden Streikämpfen, mutigen Propagandaaktionen und zahlreichen Protestbeweisen. Im Feuer des Kampfes gegen die Diktatur wird die Einheit aller revolutionären, demokratischen und antifaschistischen Kräfte unseres Volkes geschmiedet.

Die Chilenen erleben die größte Tragödie ihrer Geschichte. Die Diktatur hat wegen ihrer zutiefst reaktionären und gegen den Lauf der Geschichte gerichteten Politik die Mehrheit der sozialen Schichten Chiles angegriffen: die Arbeiter, Angestellten, Bauern, kleinen und mittleren Unternehmer, Gewerbetreibenden, Intellektuellen und Techniker. Die Faschisten beweisen ihre Dummheit und Unfähigkeit, das Land zu leiten. Das erkennen immer mehr Menschen mit größter Klarheit, selbst Kreise, die gestern noch gegen die Regierung der Unidad Popular waren.

Ausverkauf Chiles an Auslandsmonopole

Chile macht die größte Inflation durch, hat die meisten Arbeitslosen, zeigt die höchsten

Sterblichkeitsziffern, weist die niedrigsten Einkommen und geringsten Produktionsleistungen auf, und Intellektuelle, Techniker und Arbeiter verlassen in einer nie zuvor registrierten Zahl das Land, über das sich das Elend ausgebreitet hat.

Die Militärjunta, die die Politik der vollständigen Unterwerfung unter die internationalen Monopole verfolgt, hat offen die Normen über die Auslandsinvestitionen verletzt, die zwischen den Ländern des Andenpaktes abgeschlossen wurden. Dieses Verhalten bedeutet, einer größeren imperialistischen Durchdringung der Wirtschaft unserer Länder alle Türen zu öffnen und somit die Abhängigkeit zu vergrößern. Das hat die tiefe Empörung der Völker und Organisationen der Werktätigen sowie die Ablehnung der Regierungen und bedeutender Unternehmerkreise hervorgerufen, die versuchen, sich von den sie quälenden monopolistischen Fesseln zu befreien. Der Beschluß der Junta ist ein schwerer Schlag gegen die Interessen Chiles und der Länder Lateinamerikas.

Angesichts ihrer überaus hohen Verantwortung, der internationalen Solidarität neue Impulse zu verleihen, wirksam zum Widerstandskampf unseres Volkes und seiner Parteien sowie zum Prozeß der Vereinheitlichung aller revolutionären, demokratischen und antifaschistischen Kräfte beizutragen, haben beide Parteien in Anbetracht der dringenden Notwendigkeit beschlossen, die Einheit, brüderliche Verständigung, offene Zusammenarbeit und Erfüllung aller eingegangenen Verpflichtungen zu verstärken.

Die Beziehungen zwischen beiden Parteien

Die Beziehungen zwischen beiden Parteien, die die wichtigsten Abteilungen der Avantgarde der chilenischen Arbeiterklasse darstellen, basieren auf den Prinzipien und Abkommen, die uns einen und die für uns von unschätzbarem Wert sind. Diese freundschaftlichen Beziehungen müssen zur Festigung der Aktionseinheit unter den Parteien der Unidad Popular und zur Entwicklung der antifaschistischen Front beitragen.

Wir bekräftigen erneut, daß die einzige politische und gesellschaftliche Alternative für eine fortschrittliche und unabhängige Entwicklung Chiles im Sturz der Militärjunta und der endgültigen Zerschlagung des Faschismus in unserem Lande besteht. Das erfordert die Einheit aller revolutionären, demokratischen und antifaschistischen Kreise unter der Führung der Arbeiterklasse.

Angesichts dieser dramatischen Situation wen-

det die Junta im breitesten Ausmaß Terror, rücksichtslose Unterdrückung und die schlimmsten Polizeimethoden an, um zu überleben. Das ist das Wesen des Faschismus. Seit drei Monaten kündigt die Militärregierung Chiles die Freilassung der politischen Häftlinge an. Bis heute hat sie ihr Wort noch nicht eingelöst. Im Gegenteil, Tausende von Patrioten sind eingekerkert und werden gefoltert, ohne daß ihnen irgendein Vergehen nachgewiesen werden kann. Ein Beispiel dafür sind die Verhaftungen der Schwester des ermordeten Präsidenten, der Parlamentarierin Laura Allende, die an einer schweren Krankheit leidet, und des Universitätsprofessors Claudio Almany. Der Aufenthaltsort beider Personen ist nicht bekannt.



Der Sozialist Clodomiro Almeyda wurde freigekämpft; ein Ansporn für die Solidarität mit Luis Corvalán.

Die Unmenschlichkeit der Diktatur ist beispiellos in ganz Lateinamerika. Angesichts dieser Übergriffe und Ungerechtigkeiten hat eine so angesehene Institution wie die katholische Kirche wieder einmal in einer kürzlichen Erklärung ihres Kardinals energisch die Verbrechen der Militärjunta gegen die Menschenrechte verurteilt. Die Delegationen beider Parteien meinen, daß im Ergebnis der Einschätzung der auf internationaler Ebene registrierten Ereignisse große und neue Möglichkeiten bestehen, die Solidarität mit dem Widerstandskampf des chilenischen Volkes zu verstärken, in eine neue Phase ihrer Entwicklung überzugehen.

Gemeinsame Ziele

Gemeinsam mit allen chilenischen Antifaschisten und solidarischen Kräften in der Welt werden wir uns unermüdlich für die Erreichung folgender Ziele einsetzen:

▷ Dieses Treffen hat die Einheit im Kampf, der im Innern Chiles von unseren beiden Parteien sowie den anderen Parteien der Unidad



Popular und allen gegen die Diktatur kämpfenden Kräften geführt wird, hoch gewürdigt. Die vorbildliche Opferbereitschaft und das Heldentum, die von den chilenischen Patrioten unter den schwierigen Bedingungen der Unterdrückung gezeigt werden, zwingen uns dazu, maximal unsere effektive Unterstützung und Hilfe zu verstärken, um ehestens den Sieg über den Faschismus zu erringen.

▷ Nach mehr als einem Jahr der Aktionen gegen die Diktatur bestätigt sich die richtige Entscheidung, den Kampf unseres Volkes von innen her zu leiten. Diese historische Tatsache hat es nicht nur erlaubt, viele Kampfak-

tionen gegen den Faschismus zu führen, sondern auch den Charakter, Inhalt und die Formen des antifaschistischen Kampfes richtig zu orientieren und unser Volk immer stärker zu organisieren. Beide Parteien meinen, daß dieses Treffen in einer Atmosphäre des Vertrauens, der Kameradschaft und der gegenseitigen Achtung durchgeführt wurde. Die erzielten Ergebnisse waren außerordentlich fruchtbar. Wir haben uns das Versprechen gegeben, jegliche Mißverständnisse, Meinungsverschiedenheiten oder Anzeichen von Sektierertum, die in unserer gemeinsamen Arbeit auftreten, zu überwinden.

▷ Die außerordentlich große Solidarität der sozialistischen Länder, der internationalen Arbeiterbewegung, der Mehrheit der Regierungen Europas, zahlreicher Regierungen Lateinamerikas, Asiens und Afrikas und aller Völker der Welt ist ein klarer Beweis dafür, daß die Sache der Befreiung des chilenischen Volkes tief in das Bewußtsein der Menschheit eingedrungen ist. Wir sprechen allen unseren aufrichtigen Dank und Anerkennung aus. Wir zweifeln nicht, daß diese großzügige und feste Solidarität jeden Tag mehr erstarren wird.

(Quelle: Informations Bulletin, Wien, Nr. 1/1975, S. 7 - 10)

Kurzinformation

Äthiopien/Eritrea

Kennzeichnend für die aktuelle Lage in Äthiopien ist in gleichem Maße die Forcierung sozialökonomischer Umgestaltungen wie die in unverminderter Schärfe andauernden militärischen Kämpfe in der Region Eritrea. Entsprechend der am 7.2.1975 proklamierten Wirtschaftspolitik der Militärregierung wurden in den letzten Wochen sämtliche Privatbanken und Versicherungsgesellschaften sowie 101 größere Industriebetriebe verstaatlicht, darunter ausländischer Privatbesitz (u.a. Mobil Oil, Coca Cola). Die Regierung verfügte weiter die staatliche Kontrolle über den Außenhandel und leitete Anfang März die entschädigungslose Überführung des gesamten landwirtschaftlich genutzten Bodens in Volkseigentum ein. Weniger als 2% der Gesamtbevölkerung (die kaiserliche Familie, die Kirche, der Hochadel und ehemalige hohe Regierungsbeamte) hatten bislang über 50% des Bodenbesitzes in ihren Händen konzentriert, während die Pächter bis zu 75% der Ernte als



Abgabe an ihre Feudalherren abliefern mußten. Mit dem neuen Bodengesetz soll diesen ausbeuterischen Abhängigkeitsverhältnissen, von denen zwei Drittel der 25 Millionen Landbewohner betroffen waren, ein Ende bereitet werden. Die Regierung hat allen Personen, die zur Bearbeitung des in volkseigenem Besitz verbleibenden Bodens bereit sind, die Zutei-

lung von Boden bis zu einer Größe von 10 ha pro Familie zugesagt.

Freilich hängt die erfolgreiche Verwirklichung derartiger fortschrittlicher Umgestaltungen im nationalitätenreichen Staat Äthiopien in hohem Maße davon ab, inwiefern es gelingen wird, die Eritreafrage zu lösen. So hat der Militärerrat von Anfang an der Bevölkerung Eritreas Gleichberechtigung zugesagt und die Aufnahme von Verhandlungen mit der eritreischen Befreiungsbewegung ohne Vorbedingungen vorgeschlagen. Auf diesem Wege könne man sich über den Grad der politischen Autonomie Eritreas verständigen.

Eritrea war 1952 auf Beschluß der UNO und aufgrund eines bejahenden Mehrheitsentscheidens seiner Bevölkerung föderativ an Äthiopien angegliedert worden. Seine autonome Regierung und gesetzgebende Versammlung löste Kaiser Haile Selassie jedoch 1962 völkerrechtswidrig auf und verleibte seinem Kaiserreich Eritrea als 14. Provinz ein. Aus dieser Zeit datiert die Gründung der Eritreischen Befreiungsfront ELF, von der sich 1971 die Volksbefreiungsfront PLFE abgespaltete. Die Befreiungsorganisationen, die für die völlige Unabhängigkeit Eritreas - wie die ELF - bzw. für die eritreische Autonomie innerhalb des äthiopischen Staates - so die PLFE - kämpfen, gingen gerade in den letzten Wochen zu verstärkten bewaffneten Aktionen im Raume Asmara über, was von der Regierung mit großangelegten Einsätzen, auch der Luftwaffe und Artillerie, beantwortet wurde.

Die Bemühungen der äthiopischen Militärregierung um die Aufnahme von Gesprächen mit Vertretern der eritreischen Befreiungsorganisationen wurden von diesen bislang strikt abgewiesen. Ebenso wurde das Angebot der sudanesischen Regierung, einen sofortigen Waffenstillstand zu vermitteln, abgelehnt. Stattdessen besteht die ELF (Vgl. Extra Dienst, 21.2.1975) auf der Anerkennung der völligen Lostrennung Eritreas von Äthiopien als unverzichtbare Vorbedingung für Verhandlungen mit Addis Abeba. Der äthiopische Militärerrat erklärte demgegenüber Ende Februar d.J., man werde weiter nach einer friedlichen Lösung der Eritreafrage suchen. Die äthiopische Bevölkerung sei aber zugleich bereit, die "territoriale Integrität ihres Landes mit ihrem Blut zu verteidigen".

In der Tat fanden in den letzten Wochen in allen Landesteilen Massendemonstrationen - in Addis Abeba mit 250.000 Teilnehmern - zur Unterstützung der fortschrittlichen sozialen Umgestaltungen der Regierung und gegen die Lostrennung Eritreas statt. Die anhaltenden

heftigen militärischen Kämpfe stellen für die fortschrittliche Weiterentwicklung Äthiopiens gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine große Belastungsprobe und ernste Gefahr für den demokratischen Prozeß dar, während umgekehrt der gerechten Sache des eritreischen Volkes, d.h. einer Wiederherstellung der politischen Autonomie, Rechnung getragen werden muß. So hängt heute sehr viel davon ab, ob die progressive Militärregierung und die eritreische Befreiungsbewegung in nächster Zukunft zu einer politischen Lösung des Konflikts bereit sein und zu Verhandlungen zusammenfinden werden.

Vietnam - Solidarität

In diesem Jahr hat die CDU mit den Überläufern aus der SPD, Müller (München) und Hupka, - unterstützt von den Abgeordneten Wörner und Evers - einen erneuten Vorstoß unternommen, um in einer Anfrage vom 14.2.1975 die IIVS als "kommunistisch initiierte Hilfsaktion für Nordvietnam" hinzustellen. Zugleich fragte sie die Bundesregierung, ob mit der Zusage von Bundesminister Egon Bahr, den Wiederaufbau der Schule in Nam Ha (DRV) zu fördern, "die Finanzierung einer Vietnam-Initiative, von der die zuständigen Staatsschutzstellen in ihren Berichten zur Sicherheitslage als einer kommunistischen Organisation sprechen", erfolge. Die Absicht der CDU-Fragesteller, die IIVS als kommunistisch gesteuert darzustellen und zudem möglichst die Versicherung zu erhalten, daß Nordvietnam weiterhin keine Wiederaufbauhilfe erhalten werde, wurde im Verlauf der Fragestunde des Bundestages vom 19.2.1975 mehr als deutlich. Statt aber die einmal gegebene Bereitschaftserklärung von Bundesminister Bahr, die Schule einzurichten und auszustatten, offensiv zu verteidigen, argumentierte Staatssekretär Kollatz (SPD) vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Rücken zur Wand. Daß er die Verdächtigungen der CDU gegenüber der IIVS zurückweisen würde, hatte wohl niemand erwartet, daß er aber der CDU entgegenkam und versicherte, Hilfe für die DRV gebe es seitens der Bundesregierung erst nach der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen, ist ein klarer Rückfall gegenüber der schriftlichen Bereitschaftserklärung seines Ministers an die IIVS, in der von einer derartigen Bedingung keine Rede war.

Von Anfang an war der CDU/CSU das Aktionsbündnis der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS), in dem Liberale, Sozialdemokraten, Sozialisten und Kommunisten zusammenwirken, ein Dorn im Auge. Deshalb unter-

nahmen die Exponenten der Reaktion auch immer wieder den Versuch, die IIVS in der Öffentlichkeit als unseriös oder als kommunistische Tarnorganisation zu diffamieren, wobei sie für ihre Angriffe und Diffamierungen auch den Deutschen Bundestag benutzten.

Namibia/BRD

Tausende von angehenden Lehrerinnen und Lehrern in der BRD sind arbeitslos, werden trotz überfüllter Klassen und Lehrermangels nicht in den Schuldienst übernommen - oder fallen der allen rechtstaatlichen Grundsätzen hohnsprechenden Berufsverbotepraxis zum Opfer.

In dieser Situation leistet es sich eine als "gemeinnützig" anerkannte Gesellschaft, die Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e.V., welche Rassismus in seiner unmenschlichsten Form befürwortet, welche nachweislich von alten und neuen Faschisten getragen wird, mit der elenden sozialen Lage tausender Arbeitsloser ihr Geschäft zu machen: Das Abenteuer "Süd-West-Afrika" lockt!

Derlei geschieht mit offenkundiger Billigung der Bundesregierung. Den im Kulturabkommen mit der Republik Südafrika vorgesehenen "Austausch von Lehrern" (völkerrechtswidrigerweise auch für das Gebiet Namibias; Artikel 8) überläßt Bonn einem Rassistenverband. Dies spricht Bände über die Behauptungen der Bundesregierung, sie verurteile die Annexion Namibias durch die RSA, und sie unterlasse alles, diesen Unrechtszustand in irgendeiner Weise zu sanktionieren.

Während eine immer breitere Öffentlichkeit, während vor allem andere DGB-Gewerkschaften

aus:

Erziehung und Wissenschaft

Nr. 3/75 · Seite 25

Stellenangebote

Wollen Sie dem alten Europa für einige Zeit den Rücken kehren? Dann wagen Sie den Sprung nach

Süd-West-Afrika

Wir suchen

Lehrer und Lehrerinnen

für den deutschsprachigen Unterricht dieses Landes. Deutsch ist die Muttersprache von 30 Prozent der weißen Bevölkerung.

Sie könnten „unser Mann“ sein, sofern Sie die zweite Lehrprüfung haben und bereits 2 Jahre im Schuldienst tätig sind, eine Chance, die Sie herausfordert! Wir suchen vor allem Grund- und Realschullehrer mit den Fächern Deutsch, Naturwissenschaften, Mathematik, Werkunterricht und Hauswirtschaftskunde.

Neben der ortsüblichen Vergütung werden Ihnen und Ihrer Familie die Reise- und Umzugskosten erstattet. Ferner erhalten Sie eine Dienstwohnung bzw. Wohnungszulage sowie die Sicherung in einer Pensions- und Krankenkasse.

Ihr Dienstantritt ist zum III. Quartal (Juli) 1975 vorgesehen. Melden Sie sich möglichst bald, denn im März weit eine südwestafrikanische Bildungsdelegation in Deutschland, mit der Sie ein persönliches Gespräch führen können.

Deutsch-Südafrikanische Gesellschaft e. V.
53 Bonn-Bad Godesberg
Gotenstraße 163

ten die Verbrechen der Apartheid verurteilen und wirksame Gegenmaßnahmen fordern, leistet die Zeitung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) einer international geächteten Politik Propagandadienste nach dem Motto: "Wes' Geld ich nehm', des' Anzeige ich druck".

Wenn es indessen GEW-Funktionäre und -Redakteure nicht wissen sollten, so sollten GEW-Mitglieder und andere Gewerkschafter hier für die nötige Klarheit sorgen: In der Republik Südafrika wären ein DGB, eine GEW verboten, füllten ihre Führer die Gefängnisse und Konzentrationslager; jene "gemeinnützige" Gesellschaft, insbesondere ihre Hintermänner sind die Propagandisten solcher Verhältnisse in der BRD. Zum 30. Jahrestag der Niederwerfung des Faschismus sollten solche Zusammenhänge für Gewerkschafter und alle Demokraten besonders Anlaß zur Überlegung geben.



Zweimal in der Woche ärgert EXTRA-Dienst ein paar hundert Leute. Kunststück. Weil er enthält. Sagt, wie es ist. Die Leser des einzigen linken Informationsdienstes der Bundesrepublik und Westberlins wissen, warum sie 9 DM im Monat dafür bezahlen: nirgendwo sonst bekommen sie zweimal wöchentlich eine solche Fülle an Information. Fordern Sie ein Probeexemplar an oder bestellen Sie direkt bei Verlag + Druck, 1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20.

Ich bestelle EXTRA-Dienst für monatlich DM 9,- ab für mindestens ein halbes Jahr.

Name
Vorname
Ort
Straße

Anzeige

DAS INTERESSIERT SIE:

EXTRA-Dienst hat 7000 Abonnenten und wird von 20 000 Menschen gelesen.

EXTRA-Dienst erscheint im 9. Jahrgang. Er hat je eine Redaktion in Bonn und Westberlin.

EXTRA-Dienst wird vor allem von Linken gelesen. Laut ED-Umfrage von 42 % SPD-Sympathisanten und 31 % DKP/SEW-Sympathisanten. 60 % aller ED-Leser sind gewerkschaftlich organisiert.

EXTRA-Dienst hat einen leserorientierten Anzeigenmarkt: Wohnungen, Jobs, Kinderladenplätze, Gebrauchsartikel.

EXTRA-Dienst ist kein Organ einer Partei oder einer anonymen Gesellschaft: ED gehört den im Impressum verzeichneten Redakteuren.